

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1947**

5 (13.5.1947)

DAS NEUE BADEN

ORGAN DER DEMOKRATISCHEN

PARTEI SÜD-UN

Wir wählen
Liste 3
BADENS

Nummer 5

LAHR (Schwarzwald), Dienstag, 13. Mai 1947

L

1. Jahrgang

Staatskommissar Weißer zur Verkehrslage

Unser A-Berichterstatter hat Staatskommissar Weißer in einer nachgesuchten Unterredung um Auskunft über den Stand der Verkehrslage gebeten. Staatskommissar Weißer hat diesen Wunsch bereitwillig erfüllt. Wir geben nachstehend seine Ausführungen wieder.

Sie haben bei Bildung der provisorischen Regierung das Staatskommissariat für Bahn, Post und Verkehr übernommen. Können Sie uns etwas über die Auswirkungen des Krieges auf diesen Gebieten sagen?

Der allgemeine Zusammenbruch hat auch einen völligen Zusammenbruch des Verkehrswesens mit sich gebracht. Die Einrichtungen der Verkehrsträger waren fast vollständig ruiniert; es waren z. B. die Eisenbahnwerkstätten beim Beginn der Besetzung zu 70 Prozent zerstört; auch die Betriebsanlagen der Bahn hatten sehr schwere Schäden und Verluste aufzuweisen.

Den Umfang der Zerstörung sieht man weiter z. B. bei der Bahn daraus, daß die heute in der Zone verfügbaren Lokomotiven nur ein Fünftel des Bestandes von 1939 darstellen. Der Bestand an Personenwagen beträgt nur 31 Prozent der 1939 laufenden Wagen; endlich ist nur noch ein Fünftel des Bestandes von 1939 an Güterwagen vorhanden.

Auch die Post hat schwere Zerstörungen erlitten, die Postämter Freiburg, Donaueschingen und Gaggenau sowie das Fernsprechamt Freiburg wurden vollständig zerstört. Nur langsam ist es wieder gelungen, durch Wiederherstellung und Ausbesserung den Verkehr wieder in Gang zu bringen. Die Wiederbetriebnahme geschieht schleppend und ist außerordentlich schwierig, weil bekanntlich ein starker Mangel an Arbeitskräften und Rohstoffen besteht. Dazu kommen noch die Schwierigkeiten, die durch die Entnazifizierung des Kontrollapparats der Besatzungsmacht durch die Zonengrenzen bedingt sind. Endlich ist sich unter diesen besonderen Umständen ein circulus vitiosus feststellen, in dem die Mangel und die Kontrollmaßnahmen Einschränkungen, Genehmigungen, Zulassungen usw. erfordern, die ihrerseits wiederum ein Hochkommen des Verkehrswesens verhindern.

Welche Sofortmaßnahmen haben Sie als unerlässlich erachtet und was konnte von diesen Maßnahmen in Angriff genommen werden?

Ich betrachte es als eine meiner Hauptaufgaben, neben der Einschaltung in allen schwierigen Fragen, in denen die Mittelbehörden nicht mehr weiterkommen könnten, vor allem unmögliche Schwierigkeiten und Stockungen bürokratischer oder verwaltungsmäßiger Art zu beheben oder aufzulösen.

Das Wichtigste ist nun, der Bahn, der Post und dem Straßenverkehr in ihren Hauptproblemen zu helfen. Bei der Eisenbahn ist es vor allem der Mangel an Personal, der sich in allen Sparten ihres Dienstes ungünstig auswirkt. Trotz eines großaufgezogenen Werbeaufwandes, ist es nicht gelungen, die notwendige Zahl von Arbeitskräften, ohne die eine Aufrechterhaltung des Betriebes auch nur im augenblicklichen Umfang unmöglich ist, in der gebotenen Eile herbeizuschaffen. Hier muß vor allem dafür eingetreten werden, daß die Eisenbahn und die für sie arbeitenden Betriebe in jeder Hinsicht als Prioritätsbetrieb anerkannt werden, damit für den Arbeiter ein Anreiz besteht, zur Eisenbahn zu gehen. Aber auch Einzelprobleme werden angefaßt, so ist es z. B. in den letzten Tagen gelungen, zusammen mit dem Finanzministerium eine beschleunigte Verzollung und Auslieferung der Liebesgaben aus dem Ausland durchzuführen. Auch in der so wichtigen Frage der Brotversorgung ist es durch Verhandlungen mit Baden-Baden und mit Stellen der Bahnen der amerikanisch besetzten Zone gelungen, eine verbesserte Wagenstellung in den Rheinländern zu erzielen, wodurch die Lage in der Brotversorgung fühlbar entspannt wurde.

In der Öffentlichkeit wird am meisten über die unzulänglichen Verkehrsverbindungen und die schlechten Telefonverbindungen geklagt. Besteht hier eine Aussicht auf Besserung und welche?

Infolge des Frostes und der dadurch bedingten verminderten Anlieferung von Kohlen mußten mehrmals sehr starke Einschränkungen vorgenommen werden, um ein völliges Erliegen zu verhindern.

Der neue Fahrplan ab 4. Mai hat eine wesentliche Verbesserung im Reisezugverkehr gebracht.

Einige der ausgefallenen Mittagszüge und die wichtigsten Samstags- und Sonntagszüge verkehren wieder. Durch Güterzüge mit Personenbeförderung werden einige unangenehme Verkehrslücken geschlossen werden. Auch im Güterzugverkehr sind Änderungen eingetreten, was ein Flüssigerwerden des Wagenlaufes und damit eine verbesserte Wagenstellung auch für den deutschen Wirtschaftsverkehr erhoffen läßt. Eine weitere Verbesserung des Fahrplans wird durch den Arbeitermangel, den Mangel an rollendem Material und die sehr knappe Kohlenzuteilung verhindert.

Auch die Post hat wieder eine Anzahl Kraftpostlinien am 5. Mai eröffnet, nämlich die Strecken: Konstanz—Reichenau, Furtwangen—Freiburg, Furtwangen—Triburg, Radolfzell—Ohningen, Freiburg—Wolfach, Freiburg—St. Blasien, Konstanz—Weil.

Die Verbesserung im Fahrplan wird auch eine Verbesserung der postalischen Beförderungsverhältnisse mit sich bringen. Endlich werden in den nächsten Tagen die langersehnten Briefmarken kommen.

Zu der Klage über die schlechten Telefonverbindungen ist folgendes zu sagen:

Die Herstellung neuer Anschlüsse in Freiburg ist für die nächste Zeit nicht möglich, weil vor dem nächsten Jahr keine Wählereinrichtungen geliefert werden.

Es besteht die Hoffnung, daß bis zum Herbst eine Verbesserung im Ortsverkehr in Freiburg selbst möglich ist.

Die Verbesserung im Fernverkehr hängt von der Zahl der Leitungen ab. Das Fernamt Freiburg kann praktisch keine Leitungen mehr aufnehmen. Eine Vergrößerung des Fernamtes ist vor dem nächsten Jahr nicht möglich.

Bei dem starken Ausfall an Zügen kommt dem Kraftfahrzeug besondere Bedeutung zu. Hier sind aber ebenfalls große Schwierigkeiten vorhanden, die in erster Linie in der Neubeschaffung von Fahrzeugen und weiterhin in der Reifenknappheit zu suchen sein dürften. Wie gedenken

Sie, auf diesen Gebieten eine Besserung herbeizuführen?

Mit diesen Fragen berühren Sie einen Brennpunkt der Schwierigkeiten, denen ich mich seit der Errichtung des Staatskommissariats gegenübergestellt sehe.

Nachdem die Kriegereignisse und ihre Folgen auch unser Land durch den Entzug von Personenwagen und Nutzfahrzeugen schwer geschädigt hatten, und auch innerhalb der Zonengrenzen Fabriken für Neufertigung nicht bestehen, mußten wir erstmalig mit den vorhandenen Resten einen Ausgleich innerhalb der berechtigten Bedarfsträger schaffen. Mit der Einrichtung der zentralen Verwaltungsdienststellen und deren vermehrten Aufgaben (ich denke hierbei insbesondere an den Ernährungssektor, Holzeinschlag, Exportindustrie) fingen die Bedürfnisse an, das erträgliche Maß zu übersteigen.

Wir müssen nunmehr versuchen, den teils veralteten, teils überbeanspruchten Wagenpark durch Einfuhr aus anderen Zonen zu verstärken und danach zu trachten, gewisse Einfuhrkontingente, wie sie in beschränktem Umfang für Lastwagen bestehen, auch auf Personenwagen auszuweiten. Die Reifenknappheit hat nach Aufteilung der letzten verfügbaren Reserven bei Beginn des Winters bereits zur Stilllegung einer beträchtlichen Anzahl von Postomnibusverbindungen geführt und manches noch fahrbereite Fahrzeug zum Stillliegen gezwungen.

Meine vordringlichen Bemühungen gelten der Heranschaffung neuer Reifenmaterials aus der Neuproduktion der englischen und amerikanischen Zone. Auf diesem Gebiete glaube ich in nicht allzuferner Zukunft eine gewisse Erleichterung schaffen zu können.

Da wir gerade bei den Kraftfahrzeugen sind, möchte ich auch auf die unzulängliche Betriebsstoffversorgung hinweisen. Ist es nicht möglich, Treibstoff in größerem Umfang der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen und die Ausgabe der Benzinscheine zu vereinfachen?

Die Treibstoff-Frage findet meine besondere Aufmerksamkeit. Mit einer Erhöhung der Treibstoffzuteilung ist nicht zu rechnen, es muß mit den vorhandenen Mengen hauswirtschaftlich gewirtschaftet werden.

Repräsentantenhaus billigt Dollarhilfsprogramm

Washington. Das Repräsentantenhaus nahm mit beträchtlicher Mehrheit — 287 gegen 107 Stimmen — nach 8-stündiger ununterbrochener Diskussion den Gesetzesvorschlag über einen 400 Millionen-Dollar-Kredit für Griechenland und die Türkei an.

Bekanntlich stimmte der Senat am 22. April mit 67 gegen 23 Stimmen für dieses Programm, das seitdem es zum ersten Mal vorgelegt wurde, den Beinamen „Truman-Doktrin“ erhalten hat.

Im Laufe der außerordentlich stürmischen Sitzung wurden etwa 20 Änderungsanträge verworfen, die dem amerikanischen Balkanprogramm seine politische Bedeutung genommen hätten. Denn, obwohl es sich offiziell bei diesem Programm um eine „wirtschaftliche Unterstützung“ dieser beiden Länder handelt, „die ihnen die Möglichkeit des Widerstandes gegenüber äußeren Machteinflüssen geben soll“, bildete doch sowohl in der Senats- als auch in den Debatten im Repräsentantenhaus ständig die Beziehung der Vereinigten Staaten zu Rußland die Diskussionsbasis. Vor allem gestern konnten die Parlamentsbeobachter feststellen, daß die Worte „USSR, Stalin und sowjetische Aggression“ viel häufiger fielen, als etwa die Namen der beiden Nutznießer Griechenland und Türkei.

Das Augenmerk der amerikanischen Außenpolitiker ist jetzt also auf die Anwendung dieser Kredite gerichtet, die nicht nur eine Hilfe für den Wiederaufbau Griechenlands und der Türkei darstellen, sondern auch, wie unterrichtete Kreise Amerikas sich ausdrücken, „an den Pforten des mittleren Orients der russischen Expansion Einhalt gebieten sollen, die bereits Italien und Frankreich bedroht und daher für die westliche Zivilisation eine Gefahr bildet.“

Ganz offensichtlich bedeutet diese Zustimmung des Kongresses eine hundertprozentige Unterstützung der „entschlossenen Politik“ Staatssekretär Marshall's, wie er sie anläßlich der Besprechung über den Friedensvertrag mit Österreich und Deutschland vertrat.

Die gestern aus 93 Republikanern, 13 Demokraten und einem einzigen Arbeitervertreter gebildete Opposition richtete sich auch gar nicht so sehr gegen diese entschiedene politische Haltung, der wahre Grund für ihre Ablehnung ist vielmehr in ihrem Wunsch nach Sparsamkeit

und in ihrer Befürchtung, daß die Truman-Politik die Vereinigten Staaten einer Inflation und dem Staatsbankrott entgegenführt, zu suchen. Die Mehrheit setzte sich aus 160 Demokraten und 127 Republikanern zusammen.

Auf alle Fälle muß das gestern angenommene Gesetz, bevor es Präsident Truman zur Unterschrift vorgelegt wird, erneut dem Senat übergeben werden, da er zu einigen Abänderungen Stellung nehmen muß, die das Repräsentantenhaus am Originaltext, der bereits vom Senat gebilligt worden war, vorgenommen hat.

Man kann also damit rechnen, daß der Gesetzesvorschlag dem Präsidenten sofort zu Beginn der nächsten Woche zur Unterschrift vorgelegt werden wird, vorausgesetzt, daß der Senat ihn inzwischen gebilligt hat, was aber anzunehmen ist.

250-Millionen-Dollar-Kredit für Frankreich

Washington. Am Freitag wurde der Presse ein offizielles Kommuniqué übergeben, demzufolge die Internationale Bank Frankreich einen Kredit von 250 Millionen Dollar eröffnet hat. Damit wird unter die langwierigen Verhandlungen, die sich über mehrere Wochen Dauer erstreckten, ein Schluß-Strich gesetzt.

Bei diesem 250-Millionen-Dollar-Kredit handelt es sich um den ersten, den die Bank überhaupt gewährt. Die Formulierung dieses Abkommens machte sehr langwierige Beratungen erforderlich, weil geplant ist, dieses Abkommen als Muster zu nehmen für alle Kreditabkommen, die in Zukunft die Internationale Bank mit anderen Nationen abschließen wird.

Frankreich erhält den Kredit für eine Zeit von 30 Jahren. Er wird zu 3,25 Prozent verzinst. Entsprechend den Bestimmungen des Abkommens von Bretton Woods wird außerdem zu Gunsten der Statutskommission ein Zins in Höhe von einem Prozent berechnet.

Während einer Anfangsperiode von 5 Jahren Dauer ruht jegliche Rückzahlungspflicht. Die Bedingungen für die zweite Periode sind ebenfalls außerordentlich günstig. Nach Abschluß dieser Periode beginnt dann die Rückzahlung bei allmählicher Erhöhung der einzelnen Raten.

Aus Kontrollrücksichten ist eine Änderung in der Treibstoffverteilung nicht möglich.

Untersteht Ihrem Ressort auch die Schifffahrt? Welche Wasserwege kommen heute für den Transport in Frage?

Ja. — Die uns unterstehenden Wasserwege sind der zu Südbaden gehörende Teil des Rheins und der badische Teil des Bodensees. Außer auf dem Bodensee, wo die Schiffe der Eisenbahn einen beschränkten Verkehr durchführen, existiert eine badische Schifffahrt praktisch noch nicht. Der Hafen Kehl ist von der Besatzungsmacht beschlagnahmt, kann jedoch in beschränktem Umfang zum Umschlag neuerdings herangezogen werden. Solange keine Häfen in der südfranzösischen Zone verfügbar sind, muß alles im amerikanischen Karlsruhe oder Ludwigshafen umgeschlagen werden, was mit an den Schwierigkeiten in der Brotversorgung Schuld trägt.

Besteht über die verschiedenen Verkehrs- und Transportprobleme innerhalb der französischen Zone ein Gedankenaustausch bzw. eine Zusammenarbeit?

Grundsätzlich nein. Eine Einrichtung wie sie für die Länder der amerikanisch und britisch besetzten Zone der Verwaltungsrat für Verkehr in Bielefeld darstellt, besteht in der französischen Zone nicht. Das Verbindungsamt der deutsch. Eisenbahnen der französisch besetzten Zone in Speyer ist lediglich, wie schon der Name sagt, eine Zwischenstelle zwischen den Direktionen und der Chefferie Speyer, die diese franz. Dienststelle berät.

Ist Ihrer Ansicht nach eine Zentralisierung von Post und Bahn erforderlich oder glauben Sie, daß diese Gebiete des Verkehrs der Verwaltung der Länder unterstellt bleiben sollen?

Wirtschaftlich betrachtet, spricht beim Verkehr alles für eine Zentralisierung. Es ist für jedermann einleuchtend, daß der Verkehr um so großzügiger gestaltet werden kann, je zentraler dies geschieht. Dies erhellt schon aus einfachen Beispielen wie bei dem Wagenverteilungsdienst der Bahn oder bei der Einrichtung durchgehender Verbindungen. Dasselbe gilt für die Post, der eine Abkapselung ebenfalls schlecht bekommt.

Dessen ungeachtet kann und muß auch bei einer Zentralisierung für die Wahrung der Landeseisenbahninteressen, Landespostinteressen usw. gesorgt werden, was in jedem Falle durch den hierzu bestellten Verkehrskommissar geschieht.

Welche Probleme sehen Sie in Ihrem Arbeitsbereich als am vordringlichsten an?

Es ist nicht möglich, bei der Fülle der Probleme jede Frage einzeln aufzugreifen. Den Verkehr als den Hauptträger des Wiederaufbaus entwickeln und vorantreiben, ihm bei allen Schwierigkeiten, wann und wo es auch immer sei, helfen und ihn unterstützen, das ist meine Hauptaufgabe.

An Arbeit fehlt es nicht, wohl aber an Arbeitskräften, an Materialien und Betriebsstoffen. Die noch gesperrten Verkehrswege müssen schnellstens wieder erschlossen werden, ich denke hier vor allem an die Brücken. Das rollende Material bei der Bahn — vor allem die Lokomotiven — muß vermehrt werden; die Eisenbahn lebt buchstäblich von ihrer eigenen Substanz. Genau so ist es mit der Post, die keine neuen Apparate und Einrichtungen bekommt. Die besonderen Schwierigkeiten im Straßenverkehr sind schon erwähnt worden. Endlich muß die badische Schifffahrt und der Umschlag auf dem badischen Teil des Rheins wieder in Gang gebracht werden, um die langen Wege von Karlsruhe-Hafen und Ludwigshafen zu vermeiden.

Wir sind uns alle über die Notwendigkeit der Entnazifizierung einig. Wie hat sich die bisherige Art der Entnazifizierung auf die Personallage bei dem Verkehr im Allgemeinen und auf die Betriebssicherheit der Bahn im besonderen ausgewirkt?

Die Entnazifizierung hat durch ihre lange Dauer und durch die widerspruchsvollen und ungerechten Ergebnisse das Verkehrspersonal zermürbt und arbeitsunlustig gemacht. Die Entlassungen haben den Mangel an Arbeitskräften noch verstärkt. Durch geeignete Maßnahmen hat die Bahn die Betriebssicherheit gewährleisten können.

12 ehemalige Generale unter Anklage gestellt **Wie - und die neue badische Verfassung**

Von Landtagsabg. Friedrich Vortisch-Lörrach.

Nürnberg. Der Hauptankläger der Vereinigten Staaten bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen General Telford Taylor überreichte am Samstag die Anklageschrift gegen 12 ehemalige Generale der Wehrmacht. Die Generale werden beschuldigt, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Damit sind in Nürnberg erstmalig Offiziere wegen Verbrechen angeklagt, die sie als Heerführer im Kriege gegen die Bevölkerung der von Deutschland besetzten Länder im Südosten Europas verübten.

Angeklagt sind: Wilhelm List, ehemaliger Generalfeldmarschall, Lothar Rendulic, ehemaliger Generaloberst, Hermann Foertsch, ehemaliger General der Infanterie, Franz Boehme, ehemaliger General der Gebirgstruppen, Helmut Felmy, ehemaliger General der Flieger, Hubert Lanz, ehemaliger General der Gebirgstruppen, Ernst Dehner, ehemaliger General der Infanterie, Ernst von Leyser, ehemaliger General der Infanterie, Wilhelm Speidel, ehemaliger General der Flieger, Kurt von Geitner, ehemaliger Generalmajor.

Aus der Anklageschrift
In Punkt 1 der Anklageschrift wird den Angeklagten der Mord an hunderten tausenden Zivilpersonen in Griechenland, Jugoslawien und Albanien zur Last gelegt. Unter den vielen von der Anklage zitierten Beispielen befindet sich ein Befehl des Oberkommandierenden der 2. Armee, Maximilian von Weichs, vom 28. April 1941, wonach hundert Serben aus allen Schichten der Bevölkerung als Repräsentanten für den Tod eines deutschen Soldaten und die Verwendung zweier weiterer Soldaten erfolgte. Ende Oktober 1941, so heißt es in der Anklageschrift weiter, schrieb der bevollmächtigte kommandierende General von Serbien, Franz Boehme, in seinem Zehntagesbericht an den Oberkommandierenden der 12. Armee und Oberbefehlshaber Südost, daß 405 Geiseln in Belgrad erschossen worden seien, wodurch die Gesamtzahl der in Belgrad bis zu diesem Zeitpunkt erschossenen Geiseln auf 4 750 ansteige. Weiter seien 90 Kommunisten im Lager

Sabac, 2300 Geiseln in Kragujevac und 1007 Geiseln in Kraljevo hingerichtet worden.

In Punkt 2 der Anklageschrift werden die Befehle angeführt, worin die Angeklagten die Ausplünderung, Zerstörung und Niederbrennung von Städten und Dörfern und die Exekution ihrer Bewohner anordneten. Als erstes Beispiel hierfür wird ein Befehl des Angeklagten Rendulic vom 10. Oktober 1944 zitiert, worin er als Chef der 20. Gebirgsarmee die vollständige Zerstörung aller Häuser und Unterkünfte, sowie die Evakuierung der gesamten Bevölkerung der norwegischen Provinz Finnmark anordnete. In den Monaten Oktober und November sei dieser Befehl wortgetreu und rücksichtslos durchgeführt worden. Ohne zwingenden militärischen Grund und nach dem Grundsatz, keinerlei Mitleid für die Zivilbevölkerung zu zeigen, ließ man die evakuierte Bevölkerung das Niederbrennen ihrer Häuser und Besitztümer mit ansehen. Alles in allem seien durch diese Evakuierung mehr als 61 000 Männer, Frauen und Kinder obdachlos und Hunger und Krankheit ausgeliefert worden.

In Punkt 3 der Anklageschrift werden den Angeklagten die bereits im internationalen Kriegsverbrecherprozeß in der Anklage gegen Keitel und Jodl diskutierten „Kommandobefehle“ neben anderen verbrecherischen Anordnungen zur Last gelegt.

Punkt 4 der Anklageschrift befaßt sich mit dem Sklavenarbeiter-Programm. Zwangsverlegung der Zivilbevölkerung im Südosten, Abtransport von Juden in Konzentrationslager und Mord werden den Generalen zur Last gelegt. Im Laufe der Aktion „Panther“ ordnete zum Beispiel der kommandierende General der 2. Panzerarmee, Generaloberst Lothar Rendulic, die Evakuierung der gesamten männlichen Bevölkerung aus den kroatischen Städten und Dörfern für Sklavenarbeit nach Deutschland an.

Abschließend heißt es in der Anklageschrift, daß alle Taten der Angeklagten Verletzungen der Haager Konventionen, der Kriegsgesetze und Strafgesetze aller Zivilisationen seien und im Kontrollratsgesetz Nr. 10 als Verbrechen festgelegt seien.

Die Verfassung des Landes Baden, deren Entwurf von der beratenden Landesversammlung festgelegt worden ist, und über die das südbadische Volk am 18. Mai 1947 abstimmen soll, ist ein Notdach, das wir errichten wollen über einigen Trümmern des großen Trümmerfeldes, als das uns der Nationalsozialismus Deutschland hinterlassen hat. Diese Trümmer haben wir uns nicht ausgesucht, sie sind auch nicht nach einem inneren-Entwicklungsgesetz oder nach Interessen unseres Raumes oder Volkes zusammengefügt worden, sie sind vielmehr von außen her nach Gesichtspunkten bestimmt, die für uns einen rein zufälligen Charakter haben. Das an dieser Tatsache können auch die staatspolitischen Konzeptionen Otto Fegers nicht ändern. Die Zusammenfassung dieser Trümmer mag immerhin erleichtert werden durch den alemannischen Stammescharakter des Großteils der Bevölkerung und die badische Staatsüberlieferung, die in ihr lebt, und deren Träger das werdende Gemeinwesen sein will. Dabei wird uns aber die mangelnde Eigenlebensfähigkeit dieses Gemeinwesens gerade jetzt in diesen Monaten des Hungerns besonders eindrücklich und schmerzhaft bewußt.

Der

Präambel

hat die demokratische Fraktion einstimmig die Zustimmung gegeben. Wir empfinden zwar die Scheu, den Namen Gottes und den Namen der christlichen Religion in die Sphäre unserer menschlichen Auseinandersetzungen hineinzuziehen. Entsprechend dem Vorspruch unseres eigenen Parteiprogramms halten wir trotzdem das Bekenntnis des Vertrauens zu Gott und das Bekenntnis zum christlichen Sittengesetz in der Präambel für richtig, ganz besonders im Hinblick auf die Folgen, die die Abwendung von Gott und vom christlichen Sittengesetz seitens des Nationalsozialismus für unser Volk zeitigt haben. Wir können auch im Bekenntnis zu Gott in der Präambel keinen Gewissenszwang gegen die zahlenmäßig geringe Minderheit der Gottesleugner erblicken. Das christliche Sittengesetz ist darüber hinaus so sehr Bestandteil der christlich-abendländischen Kultur überhaupt geworden, daß nach ihm praktisch auch die Freidenker und Juden unter uns leben. Das Bekenntnis zu ihm stellt deshalb erst recht keine Vergewaltigung einer Minderheit dar. Allerdings, wir können nur in den seltensten Fällen eine Rechtsregel für das Zusammenleben der Menschen als zwangsläufige Konsequenz christlicher Lebensauffassung hinstellen. Und das hat seinen sehr guten Grund. Wenn nämlich jeder Mensch und vor allem auch alle Gemeinschaften der Menschen, die ja anderen psychologischen Gesetzen als die Einzelmenschen unterworfen sind, voll und ganz nach dem christlichen Sittengesetz leben und das Gute tun würden, dann bräuchten wir solche Rechtsregeln überhaupt nicht. Dann wäre es gleichgültig ob wir im Rechtszustand der Diktatur oder der Anarchie oder der Demokratie leben, und man wird deswegen mit der Auswertung der Präambel vor allem für die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Verfassung, der Rechtspflege und der Wirtschaft sehr vorsichtig sein müssen.

Andererseits sind gerade auf der Grundlage des christlichen Sittengesetzes die Vorstellungen von den Freiheitsrechten gewachsen, die auf die Kardinalforderung der Glaubens- und Gewissensfreiheit zurückgehen und ihren erstmaligen Niederschlag in den demokratischen Verfassungen Nordamerikas der Jahre 1774—1778 gefunden haben. Ihnen gingen die

Freiheitskämpfe der Amerikaner gegen England voraus. Im Gegensatz dazu haben wir uns unsere Demokratie nicht errungen, sie vielmehr, als sie uns vor 30 Jahren schon einmal in den Schoß fiel, nicht einmal zu erhalten verstanden. Am Anfang der demokratischen Entwicklung steht bei uns deshalb nicht die Gesinnung, nicht die Verankerung des demokratischen Gedankengutes im Volksbewußtsein, sondern am Anfang soll eine geschriebene Verfassung stehen, eine Verfassung, deren Bestimmungen auf weite Strecken und auf lange Zeit hinaus im Gegensatz stehen zu den tatsächlichen rechtlichen und sozialen Verhältnissen, in denen wir leben. Aber gerade deshalb gibt uns diese Verfassung ein Ziel, dieses demokratische Gedankengut in unserem Volk zu verankern und andererseits in unserem Staatsleben und in unseren Beziehungen zu den anderen Staaten und in den Beziehungen dieser anderen Staaten zu uns in die Praxis umzusetzen. Jeder Einzelne muß lernen, dieses demokratische Gedankengut als einen untrennbaren Bestandteil unserer persönlichen Menschenwürde und unserer christlich-abendländischen Gemeinschaftskultur überhaupt zu betrachten. Unser Volk wird als eigenständige Geistes- und Willensgemeinschaft nur dann sein, wenn es sich in diesen Kulturkreis einfügt, anders wird es nicht sein. Da Sinn und Zweck jeder demokratischen Lebensordnung der einzelne Mensch, seine innere Vervollkommnung und die Sicherung seines materiellen Daseins ist, war es unserer demokratischen Fraktion ein Anliegen erster Ordnung, die Grundrechte, in denen die Rechtsstellung des Einzelnen gegenüber dem Staat und seinem Nebenmenschen gesichert wird, und deren Außerkräftsetzung die erste verhängnisvolle Maßnahme des Nationalsozialismus nach der Machtergreifung gewesen ist, als Wahrzeichen unserer Gesinnung an die Spitze der Verfassung zu stellen. Dieses Verlangen haben wir schließlich bei der christlich-sozialen Mehrheit durchsetzen können. Ebenso ist entsprechend unserem Antrag innerhalb der Freiheitsrechte ihre Königin, die Glaubens- und Gewissensfreiheit an die Spitze gestellt worden und nach unseren Anträgen formuliert. Auch die Garantie des Eigentumsrechts ist aus dem Zusammenhang der Bestimmungen über die Wirtschaft herausgelöst und mit in die Grundrechte eingestellt worden. Die Artikel 7, über den Ehrenschutz, insbesondere den verstärkten Ehrenschutz für alle Inhaber öffentlicher Ämter, 8 über Freizügigkeit und Gewerbe-freiheit, 10 über die Freiheit der Meinungsäußerung, 11 über Postgeheimnis sind entsprechend unseren Anträgen in der Verfassung aufgenommen und formuliert und damit die Grundrechte gegenüber dem Regierungsentwurf stark erweitert.

Harte Auseinandersetzungen hat es in der Schulfrage gegeben. Die Christlich-Sozialer haben versucht, den ersten Satz des Artikels 86 des Entwurfs, des jetzigen Artikels 28, der im Regierungsentwurf lautete: „Die öffentlichen Schulen sind Simultanschulen im überlieferten badischen Sinn“ durch die Worte zu ersetzen: „Die öffentlichen Schulen sind christliche Gemeinschaftsschulen (Simultanschulen) im überlieferten badischen Sinn“ und außerdem den jetzigen Artikel 25 in die Verfassung einzustellen mit dem Wortlaut: „In allen Erziehungsfragen ist der Elternwille unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 84 und 85 (Artikel 26/27 der jetzigen Nummerierung) „entscheidend“. Damit wäre erstens der dem badischen Recht bis jetzt fremde Begriff der christlichen Gemeinschaftsschule in die Verfassung eingefügt worden, was schon an sich eine Ausgestaltung des Schulunterrichts im konfessionell-dogmatischen Sinn erreicht hätte, und zweitens wäre damit der Weg offen gehalten worden für die Einführung der Konfessionsschule, deren Einführung in Nordwürttemberg, Nordbaden aufgrund ähnlicher Verfassungsformulierungen tatsächlich schon in die Wege geleitet wird, und die zur zwangsläufigen Folge andererseits die religionslose Schule hätte. Dagegen hat sich unsere Fraktion mit aller Entschiedenheit zur Wehr gesetzt, und die jetzt erfolgte Abänderung der Artikel 25 und 28, Satz 1, zur Voraussetzung für die Annahme der Verfassung gemacht. Sie ist mit ihrem Standpunkt durchgedrungen. Damit ist die volle Garantie der Simultanschule nach menschlichem Ermessen für eine weite Zukunft erreicht, auch wenn die augenblicklichen wirtschaftlichen und personellen Hindernisse für ihre Abschaffung weggefallen sein werden.

Sehr starke grundsätzliche Verschiedenheiten traten dann naturgemäß zwischen den Parteien auf dem Gebiete der

Arbeit und Wirtschaft

hervor. Die Sozialisten und Kommunisten verlangten vor allem gemäß dem ursprünglichen Regierungsentwurf die Aufnahme

Letzter Fink

In Paris fand anläßlich der Siegesfeier, bei der auch Churchill anwesend war, vor dem Staatspräsidenten und vor führenden Persönlichkeiten Frankreichs eine große Parade statt.

Die Sowjets traten innerhalb der UN-Vollversammlung für ein unabhängiges Palästina ein.

Von Moskau aus wurde gegen eine Teilnahme Portugals und Irlands an der europäischen Wirtschaftskonferenz in Genf Einspruch erhoben.

In der russisch besetzten Zone Deutschlands wurde eine Jugendamnestie für alle nach 1919 Geborenen bekanntgegeben.

Verantwortlich für die Redaktion: v. V. Karl Fr. Acker. Anschrift der Redaktion: Lahr/Schw., Postfach 27. Telefon 2365. Verlag: Demokratische Verlagsgesellschaft m. b. H., Lahr/Schw. Druck: Moritz Schauenburg, Lahr/Schw.

Ministertreffen in München

München. Der bayrische Ministerpräsident Dr. Hans Ehard hat die Ministerpräsidenten aller Länder der vier Besatzungszonen für den 6. und 7. Juni zu einer Zusammenkunft nach München eingeladen. Der Zweck dieses Zusammenkunft wird die Besprechung von Maßnahmen sein, die von den verantwortlichen Ministerpräsidenten den alliierten Militärregierungen in Vorlage gebracht werden sollen, um ein weiteres Abgleiten des deutschen Volkes in ein rettungsloses wirtschaftliches und politisches Chaos zu verhindern.

Das Wirtschaftsabkommen

Koblenz. Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Wirtschaftsverwaltung der amerikanisch-britischen Besatzungszone und den Ländern der französischen Zone sind zum Abschluß gekommen. Dabei wurden die beiderseitigen Bedürfnisse des Warenverkehrs aufeinander abgestimmt und umfangreiche Listen über verfügbare und gesuchte Waren ausgetauscht. Nach eingehenden Verhandlungen wurden auf den einzelnen Fachgebieten die beiderseitigen Liefermöglichkeiten für das laufende Quartal geklärt und Lieferungen im Werte von etwa 46 Millionen Mark auf jeder Seite in Aussicht genommen.

Churchill in Paris eingetroffen

Paris. Außenminister Georges Bidault und Mme Bidault haben im Quai d'Orsay ein Essen zu Ehren Winston Churchills gegeben. Churchill, der von Lady Churchill, Duff Cooper und Lady Diana Cooper begleitet war, wurde bei seiner Ankunft am Quai d'Orsay von der Menge lange zugejubelt. Er dankte, indem er mit 2 Fingern das „V“ des Sieges machte. An diesem Diner nahmen u. a. Ministerpräsident Paul Ramadier, Vize-Ministerpräsident Pierre Henri Teigen, Staatsminister Yvon Delbos und der französische Gesandte in London Massigli teil.

Amerikas Aussenpolitik

Washington. Die Gründung einer neuen Dienststelle zwecks Vorbereitung einer amerikanischen Außenpolitik auf weite Sicht, wurde offiziell vom Staatsdepartement bekannt gegeben. Es ist bekannt, daß, seit General Marshall das Staatssekretariat übernommen hat, ihre Gründung ins Auge gefaßt wurde. Die Einzelheiten ihrer Arbeitsweise wurden festgelegt, während General Marshall in Moskau war, und nach seiner Rückkehr von ihm gebilligt. Das Amt wird von Georg Kennan, Mitglied für russische Fragen geleitet werden.

Frauen, denkt an euere Kinder!

Wählt Liste 3

Kurznachrichten

Koblenz. Die Eisenbahnbrücke bei Bullay (Mosel) wurde durch den Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen in Deutschland, General König, eingeweiht, womit der direkte zweigleisige Verkehr zwischen Koblenz und Trier wieder aufgenommen wurde.

Vatikanstadt. Circa 400 000 Francs wurden von den deutschen Kriegsgefangenen des Lagers Romaram in Marokko gesammelt und dem Papst für kirchliche Liebeszwecke in Deutschland zur Verfügung gestellt.

Buenos-Aires. Die argentinische Regierung gab ihre Bereitschaft bekannt, eine Vermittlerrolle im paraguayischen Konflikt unter der Bedingung zu übernehmen, daß beide sich zur Zeit bekämpfenden Parteien darum nachsuchen.

Heimkehrer-Transporte

aus der Sowjetunion.

Berlin. Mit weiteren größeren Heimkehrertransporten aus der Sowjetunion ist in der nächsten Zeit zu rechnen. Der Suchdienst bittet alle, die mit der Rückkehr eines im Osten vermißten Angehörigen rechnen, einen Suchantrag an den „Suchdienst für vermißte Deutsche“ in Berlin W. 8, Kanonierstraße 55 zu richten, damit den Heimkehrern sofort die neuen Adressen ihrer Angehörigen übermittelt werden können.

Lake Success. Die ungarische Regierung hat an das Generalsekretariat der Vereinten Nationen einen Antrag um Aufnahme in diese Organisation gerichtet. Ungarn ist damit das erste ehemals feindliche Land, das um die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen ersucht hat.

Der Verwaltungsrat bei der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ in Basel teilt mit, daß die „BIZ“ nicht aufgehoben werde. Die „BIZ“ werde als unabhängiges Institut in enger Zusammenarbeit mit der neuen „Internationalen Bank“ in Washington stehen und ihre wichtigsten bisherigen Funktionen behalten. Die BIZ bleibe auch weiterhin eine Stelle, an der sich die Leiter der großen europäischen Banken zum Austausch ihrer Erfahrungen treffen könnten. Die Bank habe ferner wirtschaftliche Untersuchungen zu führen und laufend Berichte besonders über die Wirtschaftslage Europas zu veröffentlichen.

Wer will nach Frankreich?

Die Aussichten für Ausländer

Auch die Familien sind erwünscht

Seit einigen Tagen befindet sich in der französischen Besatzungszone eine Kommission, die die Aufgabe hat, in den Lagern der sogenannten „Verschleppten Personen“ Männer aus den baltischen Ländern, aus Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien usw. als Bergarbeiter für Frankreich anzuwerben. Es handelt sich um Leute, die nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen. Welcher große moralische Vorteil ihnen daraus erwächst, daß sie als freie Arbeiter werden schaffen können, statt beschäftigungslos ihre Tage in Lagern zu verbringen, leuchtet auf den ersten Blick ein. Natürlich ist nicht jeder körperlich geeignet, als Bergarbeiter zu wirken. Eingehende ärztliche Untersuchungen finden statt, und nur wenn diese den einwandfreien Gesundheitszustand des Arbeitssuchenden ergeben, hat dieser das Recht, einen Arbeitsvertrag abzuschließen.

Wir hatten Gelegenheit, uns mit einem Delegierten der Kommission zu unterhalten, der dem französischen Einwanderungsbüro angehört. Auf unsere Frage erklärte er: „Frankreich gewährt den neuen Einwanderern dieselbe Rechte, wie den französischen Arbeitern. Den Ausländern, die jetzt nach Frankreich kommen wollen, ist die Möglichkeit gewährt, ein normales Leben zu führen und durch ihre Arbeit ihre Unabhängigkeit und die ihrer Familie zu sichern; jeder als arbeitsfähig Erkannte muß einen Vertrag mit einem Unternehmer abschließen, in dessen Betrieb er arbeiten will. Durch diesen Vertrag ist dem ausländischen Arbeiter ein bestimmter Lohn und entsprechende Wohnung zugesichert. Jeder neu angeworbene Arbeiter hat das Recht auf Sozialversicherung, Familienunterstützung usw. In jeder Hinsicht wird der ausländische Arbeiter dem französischen gleichgestellt. Der Arbeitsvertrag wird für ein Jahr abgeschlossen. Arbeiter und Unternehmer müssen die eingegangenen Verpflichtungen einhalten, unter der Kontrolle des französischen Arbeitsministeriums. Jedem Arbeiter steht das Recht zu, in eine Gewerkschaft nach seiner Wahl einzutreten, genau so

wie französische Arbeiter. Jeder Ausländer erhält eine auf ein Jahr lautende Aufenthalts- und Arbeitskarte, die erneuert werden kann. Der Arbeiter kann nach Ablauf des ersten Jahres mit demselben Unternehmen einen neuen Vertrag abschließen oder sich in einem anderen Betrieb aufnehmen lassen. Nach fünfjährigem Aufenthalt in Frankreich kann er seine Naturalisierung beantragen.

Der Bergarbeiterberuf ist einer der bestorganisierten in Frankreich. Das große öffentliche Unternehmen „Charbonnages de France“ bemüht sich unaufhörlich, die Lebensbedingungen und Wohnverhältnisse der Arbeiter zu verbessern. Die Arbeiter werden ihre Familien nach Frankreich kommen lassen können. Frankreichs Wunsch ist es, eine möglichst große Zahl von Familien ausländischer Arbeiter aufzunehmen. Die Wohnverhältnisse für Familien lassen freilich augenblicklich noch zu wünschen übrig. Jedoch setzen die „Charbonnages de France“ alles daran, um den Familien Unterkunft zu sichern. Jeder Arbeiter erhält die Zusicherung, daß er nach einer Probezeit von 2 Monaten seine Familie nach Frankreich kommen lassen kann. Diese Probezeit ist deshalb nötig, weil die Arbeiter selbst feststellen müssen, ob sie sich an das Leben in Frankreich gewöhnen können, ob sie dort bleiben und die Familie nachkommen lassen wollen.

Im Einvernehmen mit französischen Besatzungsbehörden, mit der Direktion für verschleppte Personen und der UNRA, begann bereits die Anwerbung ausländischer Arbeiter. Schon in der nächsten Zeit wird sich die Kommission in alle Lager begeben, um den Arbeitswerbern klar zu machen, was Frankreich ihnen bietet. Die angeworbenen Arbeiter werden nach Frankreich reisen, sobald sie dazu bereit sein werden. Den fremden Arbeitern ist nunmehr Gelegenheit gegeben, zusammen mit den französischen, an Frankreichs Wiederaufbau mitzuwirken. Frankreich ist überzeugt, daß durch diese Zusammenarbeit die Lebensbedingungen allmählich verbessert werden können.

Staatssekretär Dr. Waeldin für demokratische Realpolitik

Die Folgen von Reims - Ernährungsfrage im Vordergrund - Säuberungspraxis gefährdet Demokratie
Steuern müssen gesenkt werden - Starke Belastung des Staatshaushalts durch Nachkriegsfolgen

Am Freitag abend sprach der Landesvorsitzende der Demokratischen Partei, Staatssekretär Dr. Waeldin in einer von 250 Personen besuchten Wahlversammlung in Offenburg. Seine von vielfachen Beifallskundgebungen unterbrochenen Ausführungen vermittelten unter Herausstellung der badischen Verhältnisse eine von staatsmännischen Gesichtspunkten getragene Gesamtschau der brennendsten Tagesfragen, die in einem Appell an das Verantwortungsbewußtsein der badischen Wähler gipfelte.

Zum dritten Male hat sich ein Tag gejährt, der für das Schicksal unseres Volkes von einschneidender Bedeutung ist. In den Morgenstunden des 6./7. Mai hat in Reims General Jodl als Bevollmächtigter der Deutschen Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet. Auf die Frage von Seiten der Alliierten, ob er sich auch der Folgen dieser Unterzeichnung bewußt sei, hat er erklärt: „Das deutsche Volk und die Deutsche Wehrmacht sind den Siegern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.“

Der Todesernst jener Morgenstunden liegt heute noch unverändert wie ein Alldruck auf dem deutschen Volke. Mit der Kapitulation von Reims hat der Krieg aufgehört, aber der Frieden ist noch nicht geschlossen, formal besteht der Kriegszustand weiter.

Deutschland ist bedingungslos zusammengefallen, unsere Städte, unsere blühende Industrie liegen in Trümmern, die Eisenbahnen, Straßen und Brücken sind total ruiniert. Aber es handelt sich nicht nur um diese Trümmer allein, sondern unendlich viele kulturelle und moralische Werte sind verloren gegangen. Wir hatten vor allem kein Staatswesen mehr. Das Einzige, was an jenem 6. Mai 1945 geblieben war, das waren die Gemeinden in Stadt und Land. So muß auch der deutsche Gegenkontrakt, der einmal offiziell über den Frieden verhandelt muß, erst aus den Trümmern unseres Vaterlandes herausgesucht werden. Aus all den Gegebenheiten vom Tage der Kapitulation von Reims über die Beschlüsse von Potsdam und die zahllosen Besprechungen der Außenminister der Alliierten müssen wir zu der einen Erkenntnis gelangen, daß wir nur aus eigener Kraft vorwärts kommen. Da hilft keine Resignation, keine Vogelstrauß-Politik und kein Wunschtraum. Helfen kann uns nur das eine, daß wir unsere Lage klar und nüchtern betrachten und dementsprechend handeln.

Wenn es Leute gibt — vor allem in anderen Zonen —, die glauben, durch Untergrundbewegungen, Geheimpropaganda und passive Resistenz, durch Bomben und Attentate dem Vaterland zu dienen, so darf ich doch feststellen, daß derartige Vorgänge nur geeignet sind, Gegenmaßnahmen auszulösen, die unsere Entwicklung hemmen und auf der anderen Seite die Meinung aufkommen lassen, der alte Terrorgeist sei noch nicht verschwunden. Uns kann einzig und allein nur der unbeugsame Wille helfen, eine wirkliche Demokratie aufzubauen, die aufgrund der Lehren der Geschichte nach dem Vorbild anderer Länder und nicht zuletzt nach den Erfahrungen der Weimarer Zeit eine Form erhalten muß, die dem Charakter und Bedürfnis unseres deutschen Volkes entspricht. So ist die Demokratie zum nationalen Schicksal unseres Volkes geworden.

Wir haben ja nach 1918 schon einmal eine Demokratie gehabt, haben aber die große Chance, uns der Demokratie wirklich zu bedienen, verpaßt; mit einer Leichtfertigkeit sondergleichen wurde sie über Bord geworfen. Man hat damals gesagt, die Demokratie habe versagt, sie passe nicht für Deutschland, wir seien nicht für eine Demokratie geschaffen. Ich habe mich schon vor 1933 immer wieder mit aller Energie gegen diese Behauptung gewandt und sage es auch heute wieder: Das demokratische System an sich ist gut, aber die Menschen haben versagt. Wir sehen, daß wirklich demokratische Länder wie z. B. unser Nachbarland Schweiz oder Schweden seit ungefähr 130 Jahren in keinen Krieg mehr verwickelt waren, obwohl 1914—18 und 1939 bis 45 beide Länder einem schweren Druck ausgesetzt waren. Sie sind deshalb nicht in den Krieg verwickelt worden, weil dort Menschen als Demokraten ihr Möglichstes getan haben, ihrem Volk und Land den Frieden zu erhalten. Die beste Verfassung nützt nichts, wenn die Menschen nicht verstehen, diese Verfassung auch mit dem richtigen Geist und richtigem Leben zu füllen.

Unser Volk ist unpolitisch.

Wenn 1933 zahllose Menschen Männer und Frauen den Lockungen eines Hitler gefolgt sind, so beweist das nur, wie unpolitisch unser Volk damals war — es ist leider auch heute noch so —, und wir hatten 1933 gewiß ein anderes Leben als heute. Nach 1918 waren in Deutschland plötzlich nur noch Demokraten vorhanden. Als dann das Strohfeuer der Demokratie abgebrannt war, da haben viele Kreise sich zu sich selbst zurückgezogen. Das Schicksal unseres Volkes, die Entwicklung unseres staatlichen Lebens, das Leben ihrer Nebenmenschen waren ihnen gleichgültig, sie gingen nur auf gutes Leben und Geldverdienen aus. So kam es, daß weite Volkskreise Schritt für Schritt sich wieder vom Staate und damit von der Demokratie entfernten bis zur Verächtlichmachung und Beleidigung der Republik, ihrer Symbole und zuletzt ihrer Führer. Die wichtigste Grundlage einer Demokratie, die verantwortungsvolle Mitarbeit aller, fehlte.

Ist dieser Wille zur verantwortlichen Mitarbeit heute in allen Kreisen und Schichten des badischen Volkes vorhanden? Wo wir hinkommen, begegnen wir Lauheit und Verdrossenheit, stoßen wir auf Verbitterung und sogar Verzweiflung. Die Hauptursache für diese Einstellung ist in erster Linie die materielle Notlage, das Elend und der Hunger, die die Menschen abgestumpft haben. Vor der Sorge

um die Erhaltung der Existenz, um die Beschaffung der zum Leben allernotwendigsten Dinge treten die politischen Prinzipien weit in den Hintergrund. Hunger und Mangel sind ein schlechter Nährboden für die Demokratie. Darum müssen wir mit allen Mitteln danach streben, dieser Notlage Herr zu werden und die Ernährungsfrage so zu regeln, daß der arbeitende Mensch das bekommt, was er zum Leben braucht. Seit wir am 2. Dez. letzten Jahres die provisorische Übergangsregierung gebildet haben, ist noch keine Sitzung der Regierung vergangen, ohne daß wir über die Frage der Ernährung und Beschaffung der lebensnotwendigsten Dinge uns ausgesprochen und nach Maßnahmen gesucht haben, diesen Mißständen abzuwehren oder sie zum mindesten zu lindern.

Ein weiterer Grund dafür, daß die Menschen bei uns so wenig wissen wollen von Politik

Verfassung und Landtag

Der 18. Mai ist ein Schicksalstag des badischen Volkes. Es handelt sich nicht um westliche und östliche Demokratie, sondern um unsere eigene Demokratie. Grundsätzlich will diese Demokratie ihr Ziel nicht durch Gewalt, sondern auf dem Wege des Ausgleichs und der Verständigung erreichen; anstelle von Zwang setzen wir die Freiwilligkeit und auch die Rücksichtnahme auf politisch Andersdenkende.

Ein Gesetz, bei dessen Beratung ungeheure Kämpfe stattgefunden haben, war das Gesetz gegen den Nationalsozialismus und Militarismus. Die Denazifizierung in Deutschland ist aus verschiedenen Gründen eine unbedingte Notwendigkeit. Das Vertrauen zu Deutschland, das die demokratischen Regierungen nach 1918 in weitem Maße wiederhergestellt hatten, hat Hitler in schändester Weise aufs Spiel gesetzt, so daß wir von der ganzen Welt mit Mißtrauen betrachtet werden. Weiterhin hat sich gezeigt, daß es nicht gut ist, wenn wirtschaftliche Macht und Reichtum allzu sehr in den Händen einzelner Privilegierter zusammengeballt ist, weil sie dadurch leicht in Versuchung geraten, politische Macht auszuüben. Die Großgrundbesitzer in Norddeutschland und die Schwerindustrie im Rheinland und Westfalen waren die Steigbügelhalter eines Adolf Hitler. Zur Sicherung der Demokratie muß diesen Kräften der Boden entzogen werden. Des weiteren kann kein Staat seine erbittertesten Gegner in einflußreichen Posten belassen. Aber die Denazifizierung muß einheitlich und gerecht und auf einer Rechtsgrundlage durchgeführt werden und nicht auf willkürliche Art und Weise. Furchtbares Unheil ist durch Tausende von Fehlurteilen und durch die Härte der Sühnemaßnahmen angerichtet worden. Es ergibt sich das merkwürdige Bild, daß die Ermittlungsausschüsse in den Kreisen im großen Ganzen sich redliche Mühe gegeben haben, ihre Empfehlungen nach Freiburg durchaus objektiv abzugeben, und sie waren genau so wie die „Betroffenen“ aufs peinlichste überrascht, als von Freiburg diese Fehlurteile zurückkamen. Man hat manchmal das Gefühl, daß viele Urteile und Sühnemaßnahmen nach dem Grundsatz der Wiedervergeltung „Aug um Aug“ und Zahn um Zahn“ im alttestamentarischen Sinne ausgesprochen und durchgeführt worden sind. Wir wollen keine Rache und insbesondere keine Sippenrache. Und wenn wir erfahren, daß man nicht einmal die Toten in Ruhe gelassen und härteste Urteile gegen Familien gefällt hat, von denen Vater und Mutter gar nicht mehr am Leben sind, wissen wir nicht, was wir davon halten sollen. Das

Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

Wir Demokraten wünschen freie Entfaltung der Wirtschaft und lehnen die Planwirtschaft ab, die zu einer Verbürokratisierung und Erstarrung des Wirtschaftslebens führt; das beweisen die heutigen Verhältnisse. Die Zwangswirtschaft kann man einmal zur Behebung vorübergehender Notstände sehr gut gebrauchen, wenn man sie aber verewigt, zeigen sich von Tag zu Tag immer mehr und überall Auswüchse. Wirtschaft kann man nicht kommandieren. Man kann wohl Pläne machen, ob aber diese Pläne in wirtschaftlicher Hinsicht durchgeführt werden können, steht noch dahin. Schon seit 1. April 1934 — das war der Tag, an dem unter Hitler mit dem Vierjahresplan die öffentliche Bewirtschaftung von Textilien, Leder usw. eingeführt wurden — haben wir die Zwangswirtschaft und sind von Tag zu Tag ärmer geworden. Wo Zwangswirtschaft herrscht, herrscht Mangel und gibt es Ungerechtigkeiten und Schwarzhandel. In dem Augenblick, da wir unseren Bedarf decken können, wo wir wollen, gibt es auch keinen Schwarzhandel mehr. Wenn durch die Zwangswirtschaft Produkte, die wir täglich brauchen, nur einzelnen Persönlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, so führt das zu einer Art Wirtschaftsdiktatur, die nur zu leicht geneigt ist, ins Politische hinüberzugleiten. Wir wollen die selbständigen Betriebe in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe erhalten wissen. Im Gegensatz zu der sozialistischen Auffassung wünschen wir möglichst viele Existenzen zu erhalten, die nicht dem Staate zur Last fallen (sehr richtig!), und Freiheit des Eigentums. Der Gebrauch des Eigentums muß dann eingeschränkt werden, wenn er dem

und anderen Geschehnissen in der Öffentlichkeit, ist die Frage der Säuberung. Es ist die Furcht, die heute viele Menschen von der Mitarbeit abhält, weil sie sich sagen: Wenn wir uns heute zur Demokratie bekennen und es kommt einmal ein anderes System ans Ruder, wer garantiert mir, daß ich nicht meine Zugehörigkeit zu einer demokratischen Partei mit einer Vermögensabgabe, der Wegnahme meines Geschäftes oder der Entlassung als Beamter bezahlen muß? Wir haben immer noch die Internierungslager. Mancher sitzt hinter dem Stacheldraht, ohne den Grund zu wissen; vielleicht ist er durch eine schamlose Denunziation hineingekommen. Die Familie entbehrt den Vater oder in landwirtschaftlichen Betrieben fehlt die männliche Arbeitskraft. Weite Kreise unseres Volkes, in Stadt und Land, von rechts bis links, vertreten die Auffassung, man sollte diese Menschen wieder ihren Familien zurückgeben. Diese Dinge lasten schwer auf der Seele unseres Volkes und haben dazu geführt, daß weite Kreise teilnahmslos beiseite stehen. Menschlich ist dies verständlich, politisch aber nicht entschuldigbar, weil es nicht zuletzt bei der Landtagswahl um Großes geht.

zeigt mir, daß die Leute, die diese Urteile ausgesprochen haben, nicht verantwortungsbewußt, sondern gewissenlos waren (sehr richtig!), sonst hätten sie die Toten in Ruhe gelassen. Man hat auch da und dort den Eindruck, daß man viele Kleine gehenkt hat, während manche Großen entweder noch unbehelligt herumlaufen, durch die Maschen geschlüpft oder glimpflich davon gekommen sind. (Sehr richtig!) Wenn man das Heer der Mitläufer und Minderbelasteten ansieht, die nur in die Partei gegangen sind, um ihrer Familie die Existenz zu sichern — Leichenbeschauer, Farrenwärter, nicht zuletzt die Feuerwehr (Lachen) —, die heute zu Staatsbürgern zweiter Klasse gestempelt sind, so ist das eine Denazifizierung, von der wir abrücken müssen. Ich stehe auf dem Standpunkt, man kann eine Gesinnung als solche, sofern sie ehrenhaft ist, niemals bestrafen (sehr richtig!), aber Handlungen, die gegen das Strafgesetzbuch und Sittengesetz verstoßen, soll man bestrafen (sehr richtig!). In dieser Entwicklung sehe ich eine latente Gefahr für die Demokratie (sehr richtig!).

Im Säuberungsgesetz ist nicht alles, was wir erreichen wollten, erreicht; es wäre erreicht worden, wenn das Gesetz so, wie es von der Beratenden Landesversammlung vorgeschlagen wurde, von der Militärregierung angenommen worden wäre. Aber immerhin sieht es neben dem Staatskommissar für politische Säuberung einen paritätischen aus den vier Parteien zusammengesetzten Kontrollausschuß, Spruchkammer, Anhörungsrecht und Durchführung des Verfahrens nach der Strafprozeßordnung vor. Durch die Akteneinsicht erfahren die Betroffenen, was man ihnen vorwirft und von wem die Anklagen kommen, und ich hoffe, daß sie und ihre Anwälte dahinterhaken und es dann von Klagen gegen die verfluchten Denunzianten regnet, die ihre Mitmenschen hineingeritten haben. (Beifall.) Ich glaube, daß auch die Alliierten inzwischen eingesehen haben, daß man die ganze Frage der Denazifizierung von Grund an verkehrt angepackt hat. Die Militärregierung hat seinerzeit eine weitgehende Amnestie in Aussicht gestellt, und ein Teil dieser Versprechungen ist auch bereits eingelöst worden, indem die Jugendlichen, die nach dem 1. Januar 1919 geboren sind, amnestiert wurden. Wir haben darum nachgesucht, daß noch vor den Wahlen alle Minderbelastete und Mitläufer, sofern sie nicht Hauptschuldige sind, amnestiert werden sollen, insbesondere auch Kriegbeschädigte, Ausgebombte, und ich hoffe, daß unsern Wunsch in den nächsten Tagen entsprochen wird.

Gemeinwohl zuwider läuft; dazu aber haben wir die vorhandenen Gesetze.

Nach 1918 und auch jetzt wieder wird viel davon geredet und geschrieben, die Produktion müsse in die Hand der Gemeinschaft überführt werden. Auf diesem Gebiete sind wir anderen Staaten aber schon weit voraus; wir kennen garnichts anderes, als daß Eisenbahn, Post, Telegraph, Rundfunk sich im Besitz des Staates befinden, die Erzeugung von elektrischem Strom, Gas, Wasser entweder von den Gemeinden, Kommunal- oder anderen Zweckverbänden durchgeführt wird. In Baden sind die wenigen Bergwerke von Bedeutung in den Händen des Staates. Wenn man weitergehen wollte, müßte man schon übergreifen auf Industrie, Gewerbe und Wirtschaft; und dem widersetzen wir uns, weil wir die selbständigen Existenzen erhalten wissen wollen. Wenn wir für das Gemeinwohl privates Eigentum heranziehen müssen, dann nur gegen Entschädigung: denn wir wollen in einem Rechtsstaat leben. Die Hauptsache ist für mich, daß wir jetzt, bei dem Darniederliegen unserer Wirtschaft, da wir um jedes Prozent froh sein müssen, um das wir die wirtschaftliche Decke verbreitern können, uns nicht wirtschaftlichen Experimenten hingeben, sondern nur das Ziel im Auge haben, unsere Produktion zu fördern und zu vergrößern.

In sozialer Beziehung ist es klar, daß wir in erster Linie die Verpflichtung haben, uns der Kriegsbeschädigten und all derjenigen anzunehmen, die durch den Krieg an Leib und Leben zu Schaden kamen; das sind die Flüchtlinge, Fliegergeschädigten, Evakuierten, Verschleppten. Auf der anderen Seite gibt es noch weite Volkskreise, die sich ihren Besitz

erhalten konnten. Ich glaube, wir müssen uns an den Gedanken gewöhnen, daß diejenigen, die ihren Besitz erhalten und vermehrt haben, die sittliche Verpflichtung haben, zu Gunsten von denjenigen, die nichts mehr haben, abzugeben. Wir müssen darauf zusteuern, daß hier eine Regelung von Staats wegen erfolgt. Diese Regelung kann Baden allein nicht durchführen. Das ist mir ein Beweis dafür, daß wir uns allmählich danach umsehen müssen, daß die Länder zusammen irgendeine Organisation schaffen, die auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge, der Steuer- und Währungsreform, des Verkehrs, der Wirtschaft und der Zölle gemeinsame Entschlüsse faßt.

Was die Währung anlangt, so muß eine Währungsreform, wenn sie mit Erfolg durchgeführt werden soll, sehr gründlich vorbereitet werden. Zuerst müssen wir wissen, was überhaupt noch zu Deutschland gehört und müssen die Grenzen kennen und die Wiedergutmachungsforderungen. Es müssen vor allem die wirtschaftlichen Zonenschranken in Deutschland fallen. (Sehr richtig!) Damit in Zusammenhang steht auch das Problem der Reichsschulden, der Schulden der Länder und Gemeinden. Wir können Schulden nicht restlos streichen, wir können sie nur ermäßigen.

Reformiert muß auch unser Steuerwesen werden, denn das, was uns der Kontrollrat im vergangenen Jahr an Steuern beschert hat, ist auf die Dauer für uns untragbar. (Sehr richtig!) Es ist jetzt schon so, daß viele Steuern aus der Substanz bezahlt werden müssen. Ich habe da einen klaren Einblick in meinem Ministerium: wir hatten 1946 erheblich größere Einnahmen an Steuern als 1945, aber diese Mehreinnahmen beruhen auf einer ganz unsoliden Grundlage. Die Steuern haben sich zum Teil schon konfiskatorisch ausgewirkt, so daß ich 1947 mit erheblich weniger Einnahmen an Steuern rechne als im vergangenen Jahr.

Staatsfinanzen

Was unsere Staatsfinanzen anlangt, so hatte vor 1933 der Gesamthaushalt für Baden im ordentlichen und außerordentlichen Etat eine Höhe von durchschnittlich 225—230 Millionen Mark erreicht, und der Haushalt war im Gleichgewicht. Der Haushalt, den ich der provisorischen Regierung vorgelegt habe, schließt auf beiden Seiten mit 814 Millionen ab. Wenn wir die 225—230 Millionen für ganz Baden in zwei Teile zerlegen, so würden für Südbaden 110—115 Millionen bleiben. Die Ausgaben haben sich also um das Siebenfache erhöht. Dabei sind die eigentlichen Verwaltungsausgaben nicht gestiegen, denn sie betragen nur 122 Millionen. Was uns so furchtbar belastet, ist der außerordentliche Staatshaushalt mit 404 Millionen mit den durch den verlorenen Krieg, bedingten Ausgaben, Zuschüsse für Kohlenzufuhr, Defizit der Bahn usw. Unser kleines Land kann auf die Dauer diese ungeheuren Ausgaben einfach nicht tragen. Es ist auf die Dauer auch nicht tragbar, daß wir die laufenden Ausgaben durch Kredite finanzieren. Aber es ist nicht nur das Land Baden allein, sondern auch Württemberg und Rheinland-Pfalz befinden sich in ähnlicher Lage, während Nordbaden und die Länder in der britisch-amerikanischen Zone finanziell erheblich besser dastehen. Das hat mich veranlaßt, im Verein mit meinen Kollegen in Südwürttemberg und Rheinland-Pfalz beim Kontrollrat anzuregen, die durch den verlorenen Krieg verursachten Kosten über die Zonen hinweg gemeinsam zu tragen und aufzuteilen.

Wir müssen mit allen Mitteln streben, unsere Wirtschaft in Gang zu bringen und zu erweitern. Dazu ist notwendig, daß die wirtschaftlichen Zonengrenzen verschwinden. Für uns in Südbaden ist die Trennung von Nordbaden auf die Dauer untragbar. Wir müssen aber auch wieder Anschluß finden an den Welthandel, damit wir endlich einmal unsere Ernährungslücke schließen können!

Wir wissen, daß wir den Krieg verloren haben, und müssen die Folgen auf uns nehmen. Wir wollen auch Wiedergutmachung leisten, aber das können wir nur, wenn man uns das Minimum für unsere Existenz beläßt. Was wir im demokratischen Staat erreichen wollen, das wünschen wir in ehrlichem Kampf der Worte, indem wir versuchen, den Andersdenkenden durch die zwingende Logik unserer Beweisführung zu überzeugen.

Der 18. Mai ist ein Schicksalstag; er ist entscheidend für die Zukunft des badischen Volkes. Deshalb bitte ich Sie, gehen Sie alle zur Wahl! Es kann niemanden gleichgültig sein, ob die Verfassung angenommen wird oder nicht, in welcher Zusammensetzung der neue Landtag zusammentritt und die Gesetzgebung durchführt. Wenn der neue Landtag richtig zusammengesetzt ist, kann in den vier Jahren, für die er gewählt wird, manches geändert werden, was heute nicht befriedigt. Machen Sie alle von Ihrem Wahlrecht Gebrauch, haben Sie das eine Ziel im Auge, daß wir verpflichtet sind, für die junge Generation zu sorgen und ihr ein Fundament zurückzulassen, auf dem sie dann später ihr Haus aufbaut. Wir müssen alle durchdrungen sein von dem Gedanken, daß ein Jeder berufen ist, an Geschick und Zukunft unseres Volkes mitzuarbeiten. Die Geschichte lehrt, daß nur solche Völker untergegangen sind, die den Willen nicht mehr aufgebracht haben, sich zu behaupten und für ihre Erhaltung zu kämpfen. Schaffen Sie den demokratischen Staat der Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit und gehen Sie deshalb am 18. Mai zur Wahl und wählen Sie vor allem so, daß Sie Ihre Handlung vor der Geschichte und vor Ihren Kindern verantworten können! (Bravorufe und langanhaltender Beifall.)

Die Kandidaten der Demokratischen Partei

Wahlkreis 1: Überlingen - Stockach.

Dörr, Wilhelm, Diplom-Ingenieur, Überlingen.
Weber, Paul, Obstzüchter u. Landwirt, Bodman.
Heckhausen, Richard, Fabrikant, Ludwigshafen.
Dr. Ehinger, Otto, Bürgermeister, Meersburg.
Baumann, Georg, Landwirt, Untersiggingen.
Mayer, Hubert, Oberforstwart, Krumbach.
Waldschütz, Guido, Gastwirt, Überlingen.
Sprenger, Helmut, Dentist, Stockach.

Wahlkreis 2: Konstanz.

Raule, Peter, Präsident der bad. Sparkassen, Engen.
Fischer, Konrad, Präsident der Handwerksk., Konstanz.
Phister, Konstantin, Gast- und Landwirt, Hilzingen.
Dietz, Anna, Hausfrau, Singen.
Schwab, Karl, Oberlehrer, Gottmadingen.
Delisle, Oskar, Kaufmann, Konstanz.
Kopp, Georg, Landwirt, Allmannsdorf.
Maurer, Theodor, Rauchkammerbauer, Reichenau.
Graf, Ludwig, Mechanikermeister, Singen.

Wahlkreis 3: Donaueschingen - Neustadt.

Stahl, Willi, Bürgermeister, Titisee.
Freh, Georg, Bankvorstand, Donaueschingen.
Schneckenburger, Erhard, Bürgermeister, Biesingen.
Hardtfelder, Oskar, Malermeister, Neustadt.
Gut, Konrad, Werkführer, Blumberg.
Reiner, Ernst, Fabrikant, Furtwangen.
Wudmann, Rudolf, Landwirt, Bonndorf.

Wahlkreis 4: Säckingen - Waldshut.

Thoma, Ernst, Elektroingenieur, Rheinfelden.
Holzschetter, Otto, Bürgermeister, Jestetten.
Berger, Rudolf, Landwirt, Wehr (Baden).
Fink, Franz, Malermeister, Waldshut.
Dörfinger, Fritz, Bäckermeister, Säckingen.
Tröndle, Theodor, Sanatoriumsleiter, Waldshut.
Gerwig, Erhard, Schreinermeister, Rheinfelden.
Merz, Karl, Fabrikant, Tiengen.
Ploß, Otto, Diplom-Kaufmann, Säckingen.
Huber, Friedrich, Schreinermeister, Höchenschwand.

Wahlkreis 5: Lörrach.

Vortisch, Friedrich, Rechtsanwalt, Lörrach.
Meier, August, Landwirt, Weimlingen.
Zimmermann, Karl, Elektromeister, Lörrach.
Grab, Arthur, Reichsbahngestellter, Weil.
Koch, Oskar, Kaufmann, Grenzach.
Weigner, Paul, Bürovorsteher, Brombach.
Linsin, Wilhelm, Landwirt, Hasel.
Dr. Müller-Bergström, Walter, Professor, Schopfheim.
Dr. Schützer, Heinrich, Ber. Volkswirt, Steinen.
Resin, Karl, Landwirt, Lörrach-Tüllingen.

Wahlkreis 6: Freiburg-Land - Müllheim.

Vielhauer, Otto, Ökonomierat, Freiburg.
Hockenjos, Hermann, Keramik-Ingenieur, Kandern.
Gugel, Robert, Bürgermeister, Mengen.
Haberer, Ludwig, Handelsvertreter, Merzhausen.
Dörfinger, Hermann, Landwirt, Müllheim.
Glöser, Ernst, Hotelier, Badenweiler.
Ulmann, Heinrich, Weinhändler, Breisach.
Schauer, Gustav, Bürgermeister, Riedlingen.
Gassert, Fritz, Landwirt, Schallstadt.
Schinzinger, Albert, Schriftsteller, Staufen.

Wahlkreis 7: Stadt Freiburg.

Menges, Georg, Bürgermeister i. R., Freiburg.
Dr. Teutsch, Hildegard, Studienrätin a. D., Freiburg.
Rössinger, Friedr., Oberstr. d. Schreinerinnung, Freiburg.
Dylik, Wolfgang, Prokurist, Freiburg.
Bea, Alfred, Kaufmann, Freiburg.
Dilger, Josef, Reg.-Obersekretär, Freiburg.
Goldschagg, Berthold, Buchdruckmeister, Freiburg.
Ackermann, Wilhelm, Pfarrer i. R., Freiburg.
Kees, Karl, Justizrat, Freiburg.
Sehringer, Hans, Fruchthandlung, Freiburg.

Wahlkreis 8: Emmendingen.

Gerber, Otto, Schlossermeister, Emmendingen.
Gräßlin, Adolf, Bäckermeister, Weisweil.
Ziebold, Andreas, Bürgerstr. u. Landw., Ottoschwanden.
Dörenbecker, Leo, Privatier, Kenzingen.
Nübling, Alkuin, Landwirt, Denzlingen.

Wahlkreis 9: Offenburg - Lahr.

Dr. Waeldin, Paul, Fabrikant u. Oberbürgermeister, Lahr.
Müller, Alfred, Architekt, Offenburg.
Löffel, Ernst, Bürgermeister u. Landwirt, Meissenheim.
Röth, Otto Hermann, Bürgermeister, Oppenau.
Wachenheim, Gustav, Privatier, Ettenheim.
Kiefer, Albert, Kaufmann, Offenburg.
Glöckler, Paul, Schreinermeister, Lahr.
Dr. Hambrecht, Wilhelm, Fabrikant, Gengenbach.
Vieser, Karl, Druckereileiter, Lahr.
Meurer, Karl Theodor, Blechnermeister, Lahr.

Wahlkreis 10: Wolfach - Villingen.

Weißer, Johann, Diplom-Ingenieur, St. Georgen.
Trautwein, Gottlieb, Bürgermeister, Schiltach.
Lehmann, Johann, Landwirt, Mönchweiler.
Rapp, Wilhelm, Stadtamtman, Villingen.
Hockenjos, Emil, Hornberg.
Obergföll, Franz, Bürgermeister, Marbach.

Wahlkreis 11: Bühl - Kehl.

Marz, Karl, Bürgermeister, Neumühl.
Huse, Ferdinand, Hotelbesitzer, Bühl-Sand.
Niklaus, Georg, Bürgermeister, Rheinbischofsheim.
Riehle, Eugen, Gastwirt u. Landwirt, Achern.
Sutter, Johann Jakob, Bürgermeister, Altenheim.
Schmitt, Hermann, Bankvorstand, Willstätt.
Adam, Josef, Kaufmann, Bühl.

Wahlkreis 12: Rastatt - Baden-Baden.

Kruse, Wilhelm Friedrich, Postrat, Baden-Baden.
Mockert, Lukas, Kaufmann, Bietigheim.
Mayer, Franz, Bürgermeister, Rastatt.
Dr. Bauer, Paul, Rechtsanwalt, Baden-Baden.
Frank, Karl, Glasermeister, Rastatt.
Süß, Otto, Hotelier, Baden-Baden.
Sigi, Max, Bankdirektor, Baden-Baden.
Ertel sen., Otto, Kaufmann, Rastatt.
Müller, Max, Fabrikant, Rastatt.

Am 18. Mai die Losung sei: Wir alle wählen **Liste 3**

Gebt der Jugend eine Idee!

Müssen wir an der Jugend verzweifeln, weil sie ihrer Seele Adlerfittiche verlor, die zur Jugend gehören wie der Glaube an Großes und das Träumen davon? Wem krampft sich nicht das Herz zusammen, wenn er dieser Jugend ins frühreife Antlitz schaut, das gezeichnet ist von sechs Kriegsjahren, von den Schrecken des Niemandlandes zwischen Leben und Tod und von Entbehrungen? Die Statistiker legen in mehr oder minder kurzen Zeitabständen Berechnungen über zunehmende Verwahrlosung, Kriminalität und Entsittlichung vor, die erschreckend sind. Aber deshalb eine Jugend, eine geopferte Generation mit soviel gott- und diesseitssuchender Unrast „abschreiben“, wie es der Kaufmann tut? Nein, das kann man und, tausendmal nein, das darf man nicht. Aber ebenso wenig kann man von einer Jugend, deren Begeisterungsfähigkeit mißleitet, deren Glauben und Hoffen enttäuscht wurde, verlangen, daß Demokratie ohne weiteres ihr Herz entflamme. Diese junge Generation, aufgewachsen in einer Zeit starr gesteuerter Meinungsbildung, hat Demokratie und die sie tragenden Parteien ja nur als Zerrbild kennen gelernt, wahres Wesen der Demokratie mußte ihr in voller Absicht unerschlossen bleiben. Wir Älteren, die wir gerne mit erhobenem Zeigefinger vor die heutige Jugend treten und uns vor ihrer seelischen Not gerne mit einem wohlgeordneten Weltbild verschanzten möchten, bedürfen im Zwiegespräch mit ihr ganz besonderer Ehrlichkeit. Und das müssen wir bekennen, daß wir dereinst auf unseren Schulen wohl gelernt haben: Erster Peloponnesischer Krieg 457 bis 451, Fall Karthagos 146, daß aber — woran unser junges Herz sich entzündet hätte — in der Paulskirche die Besten des Volkes um Freiheit und Würde des Menschen, um deutsche Einigkeit gerungen haben, daß das Jahr 1815, das dem Deutschen Bund das Leben gab, schon den Ursprung des heutigen Staats- und Verfassungslebens legte, das haben wir zum größten Teil erst später aus Eigenem dazu lernen müssen.

Eine Jugend, im nationalsozialistischen Staate groß geworden, im Kriege unter die Räder gekommen, kannte einst wohl die Begriffe Vaterland und Reich, weiß aber heute, da sie den Boden unter den Füßen verloren und sich vielfach einem materiellen und geistigen Nichts gegenüber sieht, mit Demokratie und wiedererstehenden Parteien nicht allzuviel anzufangen. Wo sie zwischen nationalem Ressentiment und kollektivistischer Beeinflussung schwankend, zur Demokratie gänzlich in Abwehrstellung steht, ein politisches Nomadenleben führt oder in hoffnungslose Gleichgültigkeit versinkt, zeigt sie sich

in weiten Bezirken abwartend und skeptisch. Schwarzmärkte und Denken in Schacher-, Tausch- und Kompensationsgeschäften sind keine Pflanzstätten seelischer Bewingtheit, die nun einmal Wesensteil der Jugend ist, weil sie sonst keine Jugend wäre. Aber wir glauben an die Jugend und wollen ihr den Glauben an sich selbst zurückgeben. Darum begrüßt es die Demokratische Partei von ganzem Herzen, daß nun auch für die französische Zone ein Jugendamnestiegesetz in Kraft trat. Mögen die „Betroffenen“, wie es in der Spruchkammerpraxis heißt, geglaubt und falschen Überzeugungen gelebt haben oder nicht, am mindesten „belastet“ ist unstreitig die verratene Jugend.

Damit allein ist aber der Jugend nicht geholfen, sie braucht Ideen, für die zu leben sich verlohnt. Eine Jugend, die sich einmal von Hochstimmung mitreißen ließ, sollte in den schweren Stunden des Vaterlandes kühl zur Seite stehen können? Dann hätte die Menschheitsgeschichte ihren Sinn verloren. Immer lohnte in den Herzen der Jugend die Liebe zu Volk und Land am heiftesten, und es wäre ein Verrat an sich selbst, würde sie heute nicht auch in den vordersten Heerbanntreten, für eine bessere Zukunft zu kämpfen und am materiellen, geistigen und politischen Wiederaufbau mitzuarbeiten. Die Generation, die nach dem Zusammenbruch in die Bresche sprang, kann nur Statthalter für die nachrückende sein, die schon aufgrund des biologischen Gesetzes berufen ist, Leitung und Verantwortung des Staates in die Hände zu nehmen. Sie muß einfach erkennen, daß von ihr allein es abhängt, daß Deutschland nicht im Chaos versinke, und daß es ihre hohe und schöne Aufgabe ist, Deutschland für Europa zu erhalten. Hierfür bedarf es ganzer Männer, die mit nüchterner Sachlichkeit und mit der leidenschaftlichen Besessenheit, deren nur die Jugend fähig ist, Aufgabe und Ziel erkennen.

Hierzu reicht der jungen Generation die Demokratische Partei die Hand. Sie will sie nicht schulmeisterlich zur Demokratie erziehen, denn solche „Erziehung“ ist überhaupt nur in ganz beschränktem Umfang möglich, weil Demokratie erlebt sein will. Nicht durch die Demokratie soll die Jugend überzeugt werden, sondern durch die Demokraten.

Wir wollen der Jugend helfen, aus ihrer politischen und ideologischen Vereinsamung herauszukommen. Diesen Schritt muß sie aber heute schon tun und darf nicht warten wollen bis zur erreichten politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung, denn diese wird das Werk einer sehr langen Epoche und Aufgabe gerade der Jugend sein.

Die Frau in der Verfassung

Wir Frauen sind am 18. Mai aufgerufen, uns für Annahme oder Ablehnung der Verfassung zu entscheiden. Viele Frauen stehen dieser Frage unentschieden gegenüber, denn es werden Gebiete berührt, die nicht zum alltäglichen Wirkungskreis der Frau gehören.

Und doch behandelt die Verfassung Probleme, die unser ureigenstes Gebiet betreffen. Um so beachtenswerter ist es, daß der neue Verfassungsentwurf nicht nur unsere bisherigen Frauenrechte wahr, sondern auch die Verwirklichung unserer noch nicht erfüllten Forderungen gewährleistet.

Was enthält die Verfassung?

Nach Artikel 2 des Verfassungsentwurfs haben wir Frauen dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten wie die Männer. „Es bestehen keine Vorrechte der Geburt, des Standes und des Geschlechts.“

Nach Artikel 37 stehen bei der Wahl und Ausübung eines Berufes die Frauen den Männern gleich. „Verrichten sie (Männer und Frauen) gleiche Arbeit, so haben sie Anspruch auf gleiche Entlohnung.“

Nach Artikel 41 „sCHAFFT das Gesetz Einrichtungen zum Schutz der Mütter und Kinder, und es schafft die Gewähr, daß die Frau ihre Aufgabe als Staatsbürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann.“

Nach Artikel 21 wird „die der Familie gewidmete häusliche Arbeit der Berufstätigen gleichgeachtet. An dem während der Ehe erworbenen Vermögen soll der Frau ein angemessener güterrechtlicher Anteil zustehen.“ Diese letzte Bestimmung ist ein bedeutsamer Fortschritt auf dem Wege zur Verwirklichung der alten demokratischen Forderung nach Gleichberechtigung der Geschlechter.

Nach Artikel 22 hat die Mutterschaft „Anspruch auf Schutz und Fürsorge des Staates“.

Wir demokratischen Frauen begrüßen die sozialen Bestimmungen, die sich auf den Schutz der Jugend beziehen. So ist nach Artikel 41 gewerbliche Kinderarbeit zu verbieten. Nach Artikel 23 sind elternlose Kinder, „die nicht in einer Familie aufwachsen können, in Heime aufzunehmen, die ihnen ein gesundes Familienleben ersetzen können. Im

beruflichen und öffentlichen Leben stehen eheliche und uneheliche Kinder einander gleich“.

Nach Artikel 24 haben Staat und Selbstverwaltungskörperschaften „die Jugend gegen Ausbeutung sowie gegen Gefährdung ihres sittlichen, geistigen und körperlichen Wohles zu schützen“.

Der Forderung: „Freie Bahn dem Tüchtigen!“ entspricht der Artikel 13, der besagt, daß jeder junge Mensch, seiner Begabung entsprechend, das Recht auf Bildung und die Pflicht zur Bildung hat; „daß es Aufgabe des Staates ist, die der Verwirklichung dieses Grundsatzes entgegenstehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Hemmnisse zu beseitigen.“ Im Artikel 28 heißt es jetzt: „Die öffentlichen Schulen sind Simultanschulen mit christlichem Charakter im überlieferten badischen Sinn. An allen Schulen sind beim Unterricht die religiösen Empfindungen aller zu achten.“

Damit hat dieser vielumstrittene Artikel die Fassung erhalten, die unserer demokratischen Grundanschauung entspricht, nach der eine einheitliche deutsche Bildung, das gegenseitige Verständnis und das friedliche Zusammenleben der Konfessionen für das Wohl des Staates von höchster Bedeutung sind.

Unsere besondere Zustimmung finden auch die Erziehungsgrundsätze, die im Artikel 26 ausgesprochen sind: „Die Jugend ist in der Ehrfurcht vor Gott, in der Liebe zu Volk und Heimat, im Geiste der Friedens- und Nächstenliebe und der Völkerverständigung, zu sittlicher und politischer Verantwortung, zu beruflicher und sozialer Bewährung und zu freier demokratischer Staatsgesinnung zu erziehen.“

Wir Frauen geben dem Verfassungsentwurf nicht nur deshalb unsere Zustimmung, weil in ihm die Bestimmungen über die Frauenrechte, über den Schutz der Familie und die Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen unseren Beifall finden, sondern weil der Verfassungsentwurf — wie es in der Präambel heißt — „im demokratischen Geiste nach den Grundsätzen des christlichen Sittengesetzes und der sozialen Gerechtigkeit“ abgefaßt ist. Dr. Hildegard Teutsch, Freiburg

Stimmabgabe ist Staatsbürgerpflicht!
Wer nicht wählt, verwirkt das Recht der Kritik

Helft mit die Heimat bauen!

Am 18. Mai wird das badische Volk für die nächsten 4 Jahre über seine politische Zukunft entscheiden. Die Ausübung des Wahlrechtes ist nicht nur eine staatsbürgerliche, sondern auch eine sittliche Pflicht. Deshalb prüft genau, wem Ihr Eure Stimme geben wollt.

Was wir wollen

1. Die Vermenschlichung des Staates und keine Verstaatlichung des Menschen. Deshalb sind wir Gegner jeder Diktatur und Anhänger einer wahrhaften Demokratie, in der die Freiheitsrechte des Menschen durch den Staat geschützt werden.
2. Die freie Wirtschaft und keine Staats- oder Planwirtschaft. Die freie Wirtschaft muß von der verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Erkenntnis getragen werden, daß nicht das Kapital, sondern der Mensch die Seele der Wirtschaft ist, die allein und ausschließlich den Bedürfnissen der Allgemeinheit zu dienen hat. Deshalb erkennen wir das Betriebsrätegesetz ebenso an wie politisch neutrale Gewerkschaften. Die Verbundenheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern soll in der Sicherung eines gerechten Anteils am Gewinn des Unternehmens ihren Ausdruck finden.
3. Die selbständigen Klein- und Mittelbetriebe in Handel, Handwerk, Gewerbe und Industrie sind die Wurzel einer gesunden Volkswirtschaft. Sie sind deshalb in ihrer vollen Selbständigkeit zu erhalten und durch den Staat gegen Aufsaugung und Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeit zu schützen. Ihre Entwicklung und Vermehrung ist durch Steuer- und kreditpolitische Maßnahmen zu fördern.
4. Der Landwirt muß Herr auf seinem eigenen Boden sein und gegen Experimente geschützt werden. Deshalb lehnen wir eine Bodenreform aus politischen Grün-

den ab. Nur dort, wo eine gegen Entschädigung durchgeführte Bodenreform zur Ertragssteigerung und damit zu einer Verbesserung der Ernährung führt, ist sie gerechtfertigt. Vordringlicher ist die Versorgung der Landwirtschaft mit Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Geräten. Die Angleichung der Preise für landwirtschaftliche Produkte an die Preise des täglichen Bedarfs ist anzustreben.

5. Das Eigentum als Naturrecht des Menschen muß den Schutz des Staates ebenso genießen, wie das ehrlich erworbene und ersparte Vermögen des Einzelnen. Eigentum aber verpflichtet gegenüber der Allgemeinheit, und sein Gebrauch darf nicht dem Gemeinwohl zuwiderlaufen.
6. Das religiöse Leben unseres Volkes soll im Geist der gegenseitigen Duldsamkeit und Achtung vor der Überzeugung des Anderen stehen. Das Verständnis hierfür muß schon in der Herzen der Jugend gelegt werden. Deshalb bekennen wir uns zu der bewährten badischen Simultanschule, die allein die Voraussetzung dazu schafft, daß die Jugend frühzeitig den großen Gedanken der Völkerverständigung und damit den wahren Segen des Friedens erkennt.
7. Die Schicksalsgemeinschaft unseres Volkes muß in seiner sozialen Haltung zum Ausdruck kommen. Unsere besondere Fürsorge gilt daher den Opfern des Krieges, den Veteranen der Arbeit, und den heimkehrenden Kriegsgefangenen. Hier muß sich das Christentum der Tat beweisen.
8. Die Gerechtigkeit muß die fundamentale Grundlage unseres ganzen Rechtslebens bilden. Deshalb haben wir uns bei der Beratung des Säuberungsgesetzes dafür eingesetzt, daß der Beschuldigte gehört wird und das Recht auf Berufung und Revision bekommt. Die Urteilsprechung muß frei von Haß sein. Unsere Jugend, die in ihrer übergroßen

So oft muß man die Feststellung machen, daß gerade die Landwirtschaft und vor allem auch die Junglandwirte und Jungbauern an dem politischen Geschehen uninteressiert sind und eine gewisse Wahlmüdigkeit vorhanden ist. Man kann dies einerseits verstehen; aber andererseits muß man, wenn man mit offenen Augen die gegenwärtige Lage betrachtet, zu der klaren Erkenntnis kommen, daß diese Einstellung vollkommen unrichtig ist, vor allem in der heutigen Zeit, in der der Grundstein gelegt werden soll zum Neuaufbau

Mehrzahl an der Entstehung des Nationalsozialismus unschuldig ist, soll durch eine Amnestie von dem Makel einer schuldhaften Verfehlung befreit werden.

9. Das Berufsbeamtentum soll erhalten bleiben. Die Beamtenschaft muß aber erkennen, daß sie um des Volkes willen da ist. Ihr Anspruch auf Altersversorgung soll gesichert werden.
10. Die Finanzwirtschaft des Staates muß von dem Gedanken der Armut unseres Volkes und deshalb von größter Sparsamkeit getragen werden. Die beste Verwaltung zeichnet sich durch den kleinsten Verwaltungsapparat und ein gerechtes Steuersystem nach Leistungsfähigkeit aus. Deshalb sind wir auch Gegner zu vieler Ministerien oder gar eines Staatspräsidenten. Jedem Versuch der Korruption ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Deshalb sei Sparsamkeit und Sauberkeit die Parole.
11. Die Frauen haben grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten wie die Männer, die sie entsprechend ihrer naturgegebenen Wesensart zum Allgemeinwohl ausüben und erfüllen sollen.

Nun prüfen Sie diese Punkte! Können Sie uns aus innerer Überzeugung folgen, dann gehört Ihre Stimme der Demokratischen Partei.

Liste 3

unserer badischen Heimat. Denn erstens sind wir in Wirklichkeit doch am politischen Geschehen interessiert. Zum zweiten ist es eine dringende Notwendigkeit geworden, daß wir praktische Politik treiben, die danach strebt, Einflußnahme auf die gesamte Entwicklung und auf das gesamte Geschehen zu gewinnen.

Darum, Ihr Junglandwirte und Jungbauern, sorgt dafür, daß keine Stimme von der Landwirtschaft verloren geht. Die Landwirtschaft wählt demokratische Partei. Die Vertreter der Demokratischen Partei gewährleisten Euch die Vertretung Eurer Interessen. Die Landwirtschaft benötigt in dieser schweren Zeit die richtigen Vertreter mehr denn je auch im Landtag, damit ihre Interessen mit Nachdruck wahrgenommen werden. Darum helft mit! Auch besonders die junge Generation der Landwirtschaft! Ihr erfüllt dadurch nicht nur Eure Staatsbürgerpflicht, sondern Ihr seid es auch unserer Heimat schuldig und vor allem auch denen, die noch das bittere Los der Gefangenschaft ertragen müssen.

Bürgerm. u. Landw. Löffel, Meißenheim.

Bodenreform im Hochschwarzwald

Aus einer Rede des Spitzenkandidaten im Wahlkreis Neustadt-Donauschingen, Bürgermeister Stahl, Titisee.

„Die geschlossenen Hofgüter des Schwarzwaldes, die seit Generationen im Besitze von Bauernfamilien sind, müssen auf alle Fälle vollständig unangetastet bleiben.“

Man nennt heute Zahlen, wie zum Beispiel 50 Hektar und 70 Hektar. Das ist der Anfang, und da eine solche „Bodenreform“ doch nicht zum Ziele führen wird, werden bald niedrigere Zahlen folgen. Dann ist kein Schwarzwaldbauer seines Hofes mehr sicher. Ein solcher Eingriff in die Wirtschaftsstruktur des Schwarzwaldes ist auch für die Gesamtwirtschaft und besonders für alle Dörfer und Städte des Schwarzwaldes eine so große Gefahr, daß gleich dem Beginn einer solchen „Bodenreform“ mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden muß.

Der Verfassung, die nun da, geben wir ein glattes — „Ja“

Säuberung und Wahlkampf

Die Demokratische Partei stellt richtig

In der „Südwestdeutschen Volkszeitung“, Nr. 36, vom 7. 5. 47 wird unter der Überschrift: „Politische Säuberung und Wahlkampf“ bezüglich des Gesetzentwurfes Eckert folgendes geschrieben:

„Dieser revidierte Entwurf hätte zweifellos eine eindeutige Verbesserung unseres Säuberungswesens gebracht, wenn man davon absieht, daß die Ausschüsse nach ihm mit je einem Parteivertreter und einem Vertreter der Gewerkschaften hätten besetzt werden sollen. Und diese Bestimmung, die in Verkennung ihrer Reichweite auch von gewissen Vertretern einer anderen bürgerlichen Partei in den Gesetzentwurf hineinkam, war es, die die BCSV. veranlaßte, zu erklären, daß diese Kommissionsbesetzung nicht akzeptiert werden könne.“

Diese Darstellung über die Haltung der Demokratischen Partei ist unrichtig, wie sich aus folgenden Tatsachen ergibt:

- 1.) Die Demokratische Partei hat an der Beratung des Gesetzentwurfes Eckert überhaupt nicht teilgenommen. Durch Schreiben vom 5. August 1946 teilte die Demokratische Partei Herrn Eckert mit, daß ihr der Gesetzentwurf erst am 3. August zugegangen sei. Die Kürze der Zeit erlaube ihr eine sorgfältige Prüfung dieses Entwurfes nicht, der in seiner Auswirkung so tief in das Leben der einzelnen und vieler Familien einschneidet. Deshalb lehne die Demokratische Partei eine Teilnahme an der von Herrn Eckert für den 6. August einberufenen Sitzung ab.
- 2.) Die Tatsache der Nichtteilnahme wird durch den Bericht über die gemeinsame Sitzung des politischen Kontrollausschusses mit den Vertretern der Parteien und Gewerkschaften zur Beratung des Säuberungsgesetzes vom 6. 8. 46 bewiesen, in dem es heißt: „Die anwesenden Herren nahmen mit lebhaftem Bedauern davon Kenntnis, daß die Christlich-soziale Volkspartei und die Demokratische Partei es in letzter Stunde abgelehnt hatten, Vertreter zu der Sitzung zu entsenden.“
- 3.) Nachdem in dem Bericht über die Sitzung vom 6. 8. 46 trotz des Fehlens der BCSV. und der Demokratischen Partei erklärt wurde, daß die Beschlüsse in dieser Sitzung einstimmig gefaßt worden seien und verlangt wurde, daß die Parteien bei Vermeidung schwerwiegender Unzuträglichkeiten den Entwurf bis zum 15. 8. 46 geprüft und angenommen haben müßten, schrieb die Demokratische Partei unter dem 12. August an den politischen Kontrollausschuß folgendes: „Die Demokratische Partei ist nicht gewillt, sich durch einen derartigen Diktat-

spruch des politischen Kontrollausschusses drohen zu lassen und von dem ihr durch die Demokratie verbürgten Recht abzuweichen, Gesetzentwürfe mit der Sorgfalt zu prüfen, wie es die Selbstverantwortung und die Verantwortung gegenüber dem gesamten Volk verlangt.“

Da ihr diese Möglichkeit durch das Verhalten des politischen Kontrollausschusses nicht gegeben wurde, ist sie nicht in der Lage dem vorgelegten Gesetzentwurf, der zahlreiche Mängel und juristische Lücken aufweist, ihre Zustimmung zu geben.“

- 4.) Daraus ergibt sich eindeutig die Stellungnahme der Demokratischen Partei. Wenn unter dem „Vertreter einer anderen bürgerlichen Partei“ das demokratische Mitglied des Kontrollausschusses gemeint sein sollte, so muß darauf hingewiesen werden, daß lt. Sitzungsbericht vom 6. 8. 46 alle Vertreter

Demokratische Partei

Wie wählen Liste 3

Wir stimmen beim Volksentscheid mit

„JA“

der politischen Parteien, — also auch der Vertreter der BCSV., — dem Gesetzentwurf Eckert zugestimmt haben. Bei dieser Stellungnahme handelt es sich um die persönliche Ansicht der Mitglieder des Kontrollausschusses.

- 5.) Die Demokratische Partei wird die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Prüfung vorgekommener Unregelmäßigkeiten im Zuge des Säuberungsverfahrens unterstützen. Sie hat bereits unter dem 4. November 1946 an Herrn Ministerialdirektor Dr. Leibbrandt das Ersuchen gerichtet:

- a) daß der Ausschuß Dirr, der in seiner Zusammensetzung in keiner Weise die Wahlergebnisse vom 13. Oktober 1946 berücksichtigt, seine Tätigkeit sofort einstellt,
- b) daß sämtliche bisher ergangenen Urteile einer Revision durch eine neutrale Instanz unterzogen werden und der Vollzug der Urteile ausgesetzt wird.

Daraus ergibt sich, daß die Demokratische Partei bei voller Anerkennung der Notwendigkeit eines Säuberungsgesetzes alles getan hat, um diesem Gesetz eine auf Recht und Gerechtigkeit und von Willkür unabhängige Plattform zu geben.

Ein Bauer zur Bodenreform

Die Bodenreform scheint nach einem Artikel in Nummer 54 der „Landpost“ auch in Baden aktuell zu werden, und es ist nur zu wünschen, daß man aus den vielfach verheißenen Experimenten, die auf dem Gebiet der Bodenreform z. B. in der Ostzone durchgeführt wurden, lernt. Bekanntlich hat gerade in der Ostzone bereits eine Flucht der Neubauern von den ihnen übergebenen Bauernhöfen eingesetzt.

Die Forderung der Bodenreformer lautet mehr oder minder: Teilung um jeden Preis. Sollte nicht die Parole aller mit der Landwirtschaft verbundenen Organisationen, Regierungsstellen und auch der Bauern lauten:

Ertragssteigerung um jeden Preis?

Ich habe als Bauer den Eindruck, daß man die Bodenreform besonders aus dem Grunde durchführen will, um den wenig durchdachten Forderungen bestimmter Kreise gerecht zu werden.

Es müßte unschwer festzustellen sein, welche Betriebe ertragreicher sind, oder sich ertragreicher gestalten lassen, der Klein-, Mittel- oder Großbetrieb. Es wird auch festzustellen sein, wer sein Ablieferungs-Soll korrekter erfüllt, der Klein- oder Großbetrieb.

Ich kann mir durchaus vorstellen, daß bei manchem Großbetrieb eine Korrektur in den Bodenbesitzverhältnissen durchgeführt werden kann und zwar zu Gunsten des kleineren Landbesitzers. Aber ob es volkswirtschaftlich zu vertreten ist, daß man die Großbetriebe aufteilt? Besonders darüber mache ich mir als Bauer, der mit seinem Feldbesitz von 19 Ha nicht in den Verdacht kommen kann, Interessenvertreter der Großbetriebe zu sein, sehr ernste Gedanken.

Ein Großbetrieb soll aufgeteilt werden, neue Bauernstellen geschaffen werden. Hat man sich schon einmal überlegt, wie das alles in der Praxis werden soll? Es dürfte allgemein bekannt sein, daß wir Bauern nur noch mit schwer reparaturbedürftigen Maschinen und Ackergeräten wirtschaften. Reparaturen sind nahezu unmöglich, und wenn, dann nur mit Naturalien zu erreichen.

Also, unsere landwirtschaftlichen Maschinen sind so ziemlich an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Neue Maschinen gibt es nicht und wird es auch so schnell nicht geben. Wie denkt man sich nun die Errichtung neuer Bauernstellen?

Wenn man diese nicht von vornherein so ausstattet, daß der Boden entsprechend bewirtschaftet werden kann, ziehen wir hier in Baden ein Bauernproletariat groß, unzufriedene Bauern, die keine Aussicht auf Entwicklung haben.

Ist überhaupt — vom Menschen her gesehen — der Wunsch nach Neubauernstellen so groß? Wer will denn schon Bauer werden? Wo sind denn die Menschen, die aus reiner Liebe zur Scholle Bauern werden wollen? Nachdem der

Bauer bis jetzt nicht mal eine Hilfskraft bekommen kann! Soll die Ansiedlung nur eine Verlegenheitslösung sein? Oder will man Dilettanten auf den wertvollen Boden loslassen? Der Gedanke ist nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen, wenn man in dem Artikel der „Landpost“ liest, daß auch Handwerker, die Lust und Neigung zur Landwirtschaft haben, in Frage kommen. Dabei ist die Zeit noch nicht so ferne, als viele Handwerker, die Landwirtschaft betrieben haben, diese aufgaben, ihren Boden verkaufen, weil ihnen der reine Handwerksbetrieb lohnender schien und weil sie zumeist gar keine Zeit fanden, sich um die Landwirtschaft ausreichend zu kümmern.

Es fehlt an allem, begonnen beim kleinsten Nagel, beim Kochtopf, beim Melkeimer usw. Ich glaube, die Handwerker werden auch in Zukunft ihre Hauptaufgabe darin sehen müssen, ihrem Handwerk nachzugehen, um die primitivsten Wünsche der Bevölkerung erfüllen zu können.

Ist es nicht wesentlicher, alles zu unternehmen, die Leistung der bäuerlichen Betriebe zu steigern und wäre es nicht besser, das Bodenreformproblem jetzt noch zurückzustellen?

Man schaffe Möglichkeiten,

neuen Boden durch Entwässerung zu gewinnen und verteile dann diesen gewonnenen Boden nach gerechten sozialen Grundsätzen. Laßt doch unsere dafür zuständigen Stellen ihre Kraft in allererster Linie auf das dringend notwendige Problem der Entwässerung und der Flurbereinigung konzentrieren, man löse endlich dieses Problem und beschäftige sich dann erst mit der Bodenreform.

Solange man den Bauer nicht mit dem primitivsten Handwerkszeug und Gerät ausstatten kann, solange es für den Bauern kein Schuhwerk gibt, kein Holz, um seine dringendsten Reparaturen im Haus und Stall vornehmen zu können, solange sollen sich die Herren, die heute in der Bodenreform an vorderster Stelle stehen, die aber nicht von den Bauern gewählt, sondern von einer amtlichen Stelle ernannt wurden, solange sollen sich diese Herren mit vordringlicheren landwirtschaftlichen Fragen beschäftigen.

Man zügle vorerst noch die Arbeitswut der Bodenreformer, und lasse sie sich vorderhand an Entwässerungsplänen und Flurbereinigungsmethoden austoben. Nicht nur zum Wohle des Bauernstandes selbst, sondern für aller Wohl. Es scheint, als sollten wir jetzt durch die Bodenreform mehr oder minder zwangsweise zu einem Agrarvolk gestempelt werden, nachdem sogar die Alliierten diese ihre Absicht als undurchführbar erkannt haben.

Deshalb:

Bauer überlege, wem Du Deine Stimme gibst.

R.

Wie wird gewählt?

Der 18. Mai 1947 wird in die Geschichte des badischen Volkes eingehen. Er wird zum Beweismittel für die politische Reife des Volkes, das mit dem Stimmzettel in der Hand seinem politischen Willen Ausdruck verleihen soll.

Die Verantwortung des Wählers ist groß, denn er soll einerseits über die Zusammensetzung des Landtages entscheiden, zum anderen ein Urteil über Annahme oder Ablehnung der Verfassung fällen.

Diese doppelte Aufgabe verlangt zwei Entscheidungen, die auch äußerlich dadurch zum Ausdruck kommen, daß der Wähler zwei Stimmzettel abgeben muß und zwar:

- einen für die Landtagswahl,
- einen für den Volksentscheid.

Jeder dieser Stimmzettel muß in einen besonderen Umschlag gesteckt werden, von denen der eine die Aufschrift „Landtagswahl“ der andere die Aufschrift „Volksentscheid“ trägt.

Wie wird zum Landtag gewählt?

Im Gegensatz zur Gemeinde- und Kreistagswahl gibt es für die Landtagswahl nur einen Stimmzettel für alle Parteien.

So sieht der Stimmzettel aus:

Muster

Stimmzettel für die Wahl des Badischen Landtags am 18. Mai 1947

9. Wahlkreis: Offenburg-Lahr	
1	Sozialdemokratische Partei
2	Bad. Christl. Soziale Volkspartei
3	Demokratische Partei
4	Kommunistische Partei

Von jeder Partei sind die Namen der ersten 4 Bewerber aufgeführt

Der Wähler kennzeichnet nun diejenige Partei, der er seine Stimme geben will, durch ein Kreuz in dem hinter dem Namen der Partei befindlichen Kreis.

Jede weitere Kennzeichnung macht den Stimmzettel ungültig. Achtet darauf, daß dann der Stimmzettel in den Umschlag mit dem Aufdruck Landtagswahl gesteckt wird.

Also:

Am 18. Mai, wählt

Liste 3

das ist die Demokratische Partei!

Darüber, — das ist allen klar,

wählt zur Verfassung man mit Ja!

Die Wahl zum Volksentscheid

Die Frage, ob der Wähler den Verfassungsentwurf annehmen oder ablehnen will, muß mit Ja oder Nein beantwortet werden. Deshalb werden dem Wähler für die Abstimmung zum Volksentscheid zwei Stimmzettel ausgehändigt, der eine mit dem Aufdruck Ja der andere mit dem Aufdruck Nein.

Die Wähler der Demokratischen Partei stimmen mit Ja!



Land Baden

Volksabstimmung

vom 18. Mai 1947

Billigen Sie die von der provisorischen Landesregierung und der Beratenden Landesversammlung vorgeschlagene Verfassung?

Ja

Auch dieser Stimmzettel darf nicht mit irgendwelchen zusätzlichen Bemerkungen versehen werden. Dann wird dieser Stimmzettel in den Umschlag mit dem Aufdruck Volksentscheid gesteckt.

Der Wähler begibt sich darauf zum Tisch des Wahlvorstandes und wirft persönlich, — jeden Umschlag für sich, — in die dafür bezeichnete Wahlurne.

Vergessen Sie Ihren Wählerausweis nicht! Gehen Sie frühzeitig zur Wahl!

Fordern Sie auch Ihre Familie und Bekannten zur Stimmabgabe auf!

Land Baden

Volksabstimmung

vom 18. Mai 1947

Billigen Sie die von der provisorischen Landesregierung und der Beratenden Landesversammlung vorgeschlagene Verfassung?

Nein

Das Steuerproblem

Im Jahre 1946 führte der Kontrollrat eine Steuerreform durch, die die Steuersätze auf äußerste steigerte, um der Gefahr eines mit geordneten Finanzierungsmethoden nicht mehr zu meisternden Fehlbetrags der öffentlichen Wirtschaft entgegenzuwirken. Inzwischen haben die Erfahrungen der mit dem Finanzwesen betrauten Stellen ergeben, daß die pessimistische Beurteilung der Lage bei Verabschiedung der Steuerreform nicht ganz begründet war. Die Kassenbestände haben, zumal in der amerikanischen und britischen Zone, eine nie gekannte Höhe erreicht, obwohl in den vergangenen Monaten zahlreiche Ausgaben gemacht wurden, die bei Beginn des Rechnungsjahres nicht beabsichtigt waren. In einem Bericht über die Notwendigkeit einer Steuersenkung erklärte kürzlich Dr. Wilhelm Mattes, der Vorsitzende des Gemeinsamen Deutschen Finanzrates für die amerikanische und britische Besatzungszone, daß es für verfehlt halte, mit der Verminderung der Steuern bis zum Beginn der Währungsreform zu warten. Die augenblickliche Höhe der Kassenbestände würde nur zu ungerechtfertigten Ausgaben führen. Als Hauptargument für eine allgemeine Steuersenkung führte er jedoch die Notwendigkeit an, der Arbeitslust der Bevölkerung einen Auftrieb zu verleihen und deren Leistungen zu steigern. Außerdem sei die Bildung von Erparnissen vom moralischen Standpunkt wünschenswert. Weiterhin äußerte sich Dr. Mattes: „Entscheidend für die wirtschaftliche Bedeutung von Steuersätzen ist nicht die höchste prozentuale Belastung, die auf einem Steuergebiet erreicht wird, sondern die durchschnittliche Belastung, welche die Mehrheit der Werktätigen und die Masse der Sparkapital bildenden, mittleren Bevölkerungsschicht zu tragen hat. Es mag sein, daß im Ausland ähnliche steuerliche

Dein Schicksal liegt in Deiner Hand!

Höchstsätze, wie sie jetzt in Deutschland gelten, erreicht werden. Dagegen ist — soweit bekannt — die steuerliche Belastung der großen Mehrheit nirgends so hoch wie jetzt in Deutschland. Der größte Teil des Volkes hat ein Monatseinkommen, das RM. 200.— nicht erreicht oder nur wenig überschreitet. RM. 200.— ist ein Betrag, der selbst bei dem außerordentlich gedrückten Lebensstandard in Deutschland nicht wesentlich über dem Existenzminimum liegt. Nur wer über RM. 200.— monatlich verdienen kann, hat die Chance, etwa aus der Enge der täglichen Sorgen um das Lebensnotwendigste herauszukommen. Was erwartet ihn nun in steuerlicher Hinsicht, wenn ihm dies gelingt? Als ledig zu veranlagender Steuerpflichtiger muß er 50 Prozent und als lediger Lohnsteuerpflichtiger 35 Prozent des über RM. 200.— hinausgehenden Einkommens bzw. Lohnes als Einkommensteuer abgeben. Unter Hinzurechnung der Sozialversicherungsbeiträge zur Steuerbelastung verbleibt auch dem lohnsteuerpflichtigen Ledigen nur etwa die Hälfte seines Bruttoehnes. 50-prozentige Einkommensteuerbelastung hat es vor dem zweiten Weltkrieg nur in den höchsten Einkommenstufen gegeben. Jetzt greift sie schon bei Einkommenstellen Platz, die nur wenig über dem Existenzminimum liegen und in wohlhabenden Ländern überhaupt nicht oder nur sehr mäßig besteuert werden. Ueber RM. 200.— Monatseinkommen hinauszukommen, verlangt schon in zahlreichen Fällen besondere Leistungen. Verbleibt aber hiervon infolge der übertriebenen Steuerbelastung nur etwa die Hälfte, dann wird das Leistungsstreben untergraben und die Neigung gefördert, dieser Belastung durch unlautere Mittel wie Schwarzarbeit, Naturalienföhrnung und Steuerhinterziehung zu entgehen.“

Der Landeswahlvorschlag

1. Dr. Waeldin, Paul, Oberbürgermeister, Lahr.
2. Vortisch, Friedrich, Rechtsanwalt, Lörrach.
3. Stahl, Willi, Bürgermeister, Titisee.
4. Vielhauer, Otto, Ökonomierat, Freiburg.
5. Dr. Teutsch, Hildegard, Studienrätin a. D., Freiburg.
6. Weißer, Johann, Diplom-Ingenieur, St. Georgen.
7. Weber, Paul, Obstzüchter, Bodman.
8. Zimmermann, Karl, Elektromeister, Lörrach.
9. Raule, Peter, Verbandsdirektor, Engen.
10. Maier, Franz, Bürgermeister, Rastatt.
11. Hockenjos, Hermann K., Keramik-Ingenieur, Kandern.
12. Gerwig, Erhard, Schreinermeister, Rheinfelden.
13. Roth, Otto Hermann, Bürgermeister, Oppenau.
14. Glöser, Ernst, Hotelbesitzer, Badenweiler.
15. Holzscheiter, Otto, Kaufmann u. Bürgermeister, Jestetten.
16. Baumann, Georg, Landw. u. Bürgermstr., Untersiggingen.
17. Fischer, Franz, Architekt u. Baumeister, Konstanz.
18. Hirt, Fritz, Kaufmann, Triberg.
19. Wieser, Karl, Druckereileiter, Lahr.
20. Marz, Karl, Landwirt u. Bürgermeister, Neumühl.

21. Dörr, Wilhelm, Diplom-Ingenieur, Überlingen.
22. Hardfelder, Oskar, Maler, Neustadt.
23. Kratzer, Adolf, Schneider, Sandweier.
24. Grab, Arthur, Reichsbahnangestellter, Weil a. Rh.
25. Löffel, Ernst, Landwirt u. Bürgermeister, Meissenheim.
26. Rapp, Wilhelm, Stadtamtman, Villingen.
27. Gramatke, Karl, Bankkassier, Lörrach.
28. Müller, Alfred, Architekt, Offenburg.
29. Hoedt, Berta, Hausfrau, Lahr.
30. Tröndle, Theodor, Sanatoriumsleiter, Waldshut.
31. Nicklaus, Georg, Farb. u. Bürgermstr., Rheinbischofsheim.
32. Schauer, Gustav, Landwirt u. Bürgermeister, Riedlingen.
33. Neumeister, Ernst, Kaufmann, Lahr.
34. Dr. Bauer, Paul, Rechtsanwalt, Baden-Baden.
35. Sutter, Johann Jakob, Landw. u. Bürgermstr., Altenheim.
36. Koch, Oskar, Kaufmann, Grenzach.
37. Schwab, Karl, Oberlehrer, Gottmadingen.
38. Neef, Adolf, Landwirt, Lörrach-Tumringen.
39. Fink, Franz, Malermeister, Waldshut.
40. Jockers, Hans, Landwirt u. Bürgermeister, Sand.

41. Jäger, Hermann, Kaufmann, Titisee.
42. Pfister, Konstantin, Gastwirt u. Landwirt, Hilzingen.
43. Ackermann, Wilhelm, Pfarrer i. R., Freiburg.
44. Gassert, Fritz, Landwirt, Schallstadt.
45. Glöckler, Paul, Schreinermeister, Lahr.
46. Dörflinger, Hermann, Landw. u. Weinhändler, Müllheim.
47. Weißmann, Hermann, Blechner, Neustadt.
48. Huber, Friedrich, Schreiner u. Landw., Höchenschwand.
49. Schmitt, Hermann, Bankvorstand, Willstätt.
50. Völker, Hans, Werkmeister, Lörrach.
51. Kiefer, Albert, Kaufmann, Offenburg.
52. Fischer, Paul, Hafnermeister, Lahr-Dinglingen.
53. Haberer, Ludwig, Handelsvertreter, Merzhausen.
54. Gugel, Robert, Landwirt u. Bürgermeister, Mengen.
55. Kruse, Wilhelm Friedrich, Postrat, Baden-Baden.
56. Weber, Karl, Maurermeister, Lörrach.
57. Ulmann, Heinrich, Weingutsbesitzer, Breisach.
58. Fischer, Konrad, Handwerkskammer-Präs., Konstanz.
59. Dr. Hambrecht, Wilhelm, Chemiker, Gengenbach.
60. Schinzinger, Albert, Schriftsteller, Staufen.

Vergiss es nicht - die Wahl ist Pflicht
Darum sei dabei - wähl Liste 3

Lahee Rundschau

der Bestimmung, daß die Wirtschaft in planvoller Weise durch die Landesregierung gelenkt wird. Eine derartige Bestimmung hätte die Verewigung der zur Zeit herrschenden Kommandowirtschaft bedeutet, mit allen den nachteiligen Folgen, die wir heute erleben. Demgegenüber trat unsere Fraktion entsprechend unserem Programm eindeutig und klar ein für eine Wirtschaft, in der grundsätzlich die Vertragsfreiheit (insbesondere auch für den Arbeitnehmer) und der freie Wettbewerb im Interesse der Produktionssteigerung, Qualitätsverbesserung und Verbilligung aller Erzeugnisse für den Verbrauch herrschen soll, also nicht zuletzt auch im Interesse der sozialen Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft. Wenn auch der christlich-soziale Fraktionsredner betonte, daß nach der Wirtschaftsauffassung der Christlich-Sozialen am Ende der wirtschaftlichen Entwicklung der Sozialismus stehen werde und wenn demgemäß die einzelnen Bestimmungen in diesem Abschnitt der Verfassung zum Teil auch das Ergebnis eines Ausgleichs innerhalb der christlich-sozialen Fraktion sein dürften, so gelang es doch, die obengenannten Grundsätze in diesem Abschnitt der Verfassung zu verankern, und die demokratische Fraktion konnte sich deswegen im Gesamtergebnis mit den in dem Abschnitt Arbeit und Wirtschaft enthaltenen Bestimmungen einverstanden erklären.

Umgekehrt steht unsere Auffassung über die zu wünschende Stellung Badens in der Gemeinschaft der deutschen Länder der Auffassung der Sozialisten und Kommunisten näher als der Auffassung der christlich-sozialen Volkspartei, deren Fraktionsredner stark mit den Auffassungen sympathisierte, die etwa die Grundlage des Buches Otto Fegers über „Schwäbisch-alemannische Demokratie“ bilden. Der Zusatz, daß Baden ein Glied in der Gemeinschaft der deutschen Länder sei, würde auf unseren Antrag in die Verfassung aufgenommen. Darüber, wie dieses Verhältnis Badens zu den anderen deutschen Ländern im einzelnen zu gestalten sei, haben ja in erster Linie die Siegermächte zu entscheiden.

Dagegen traten sehr wesentliche grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten mit der BCSV. bei der Frage der Gestaltung der obersten politischen Staatsorgane zutage.

In der folgenden ersten Lesung hatte die christlich-soziale Volkspartei die Einsetzung eines Ständerats mit beratenden Funktionen durchgesetzt, dessen Mitglieder praktisch zum größten Teil aus der Freiburger hohen Regierungsbürokratie und aus sonstigen zentralen Körperschaften, die in Freiburg ihren Sitz haben, zu entnehmen gewesen wären, also einem Personenkreis, der in den letzten 2 Jahren ja bekanntlich in ganz bestimmter politischer und konfessioneller Richtung sorgfältig ausgesiebt worden ist. Diese Institution mußten wir deswegen eines Teils wegen der dauernden politischen Einflußverschiebung, anderen Teils aber auch deshalb ablehnen, weil eine derartige Aufblähung des ganzen Gesetzapparates für unser lediglich 1,2 Millionen Menschen umfassendes Staatswesen unangemessen groß und unangemessen teuer wäre. Die Größenordnung unseres Landes bewegt sich doch in ihrer Bedeutung, ihrem Gebiet und ihrer Einwohnerzahl etwa in der Größenklasse eines großen Schweizer Kantons oder einer deutschen Großstadt. Wir sind mit unserer Auffassung in der zweiten Lesung durchgedrungen. Aus diesen letzten 17ten Erwägungen heraus haben wir auch die Schaffung eines von Landtag unabhängigen, nicht dem Ministerium zugehörigen Staatspräsidenten abgelehnt, wie sie ursprünglich von der christlich-sozialen Volkspartei beabsichtigt war und haben darüber hinaus entgegen dem Entwurf des Rechtsplegeausschusses eine rein kollegiale Organisation der Landesregierung befürwortet, wie sie der badischen Verfassung von 1919 entspricht. Mit dieser letzteren Auffassung sind wir gegenüber der christlich-sozialen Mehrheit nicht durchgedrungen. Dagegen haben wir erreicht, daß der Staatspräsident identisch ist mit dem Ministerpräsidenten und deswegen ebenfalls des Vertrauens des Landtages bedarf. Nicht erreicht haben wir auch die von uns angeordnete Beschränkung der Zahl der Ministerien in der Verfassung selbst, gegen die allerdings unter den heutigen unübersehbaren Verhältnissen starke Zweckmäßigkeitserwägungen sprechen.

Die Verfassung eines Landes dort, wo verschiedene politische Auffassungen lebendig sind und von starken Teilen der Bevölkerung vertreten werden, wie bei uns in Südbaden, immer ein Kompromiß zwischen diesen verschiedenen Auffassungen sein müssen. Sie wird deshalb in jedem Fall die meisten Staatsbürger nicht voll und ganz befriedigen können. Es ist aber unserer Partei, trotz der kleinen Zahl ihrer Abgeordneten, gelungen, den Inhalt der Verfassung entscheidend zu beeinflussen und in ihr einen so großen Teil unseres demokratischen Gedankengutes zu verankern, so daß wir für diese Verfassung mit gutem Gewissen eintreten können. Das ist für jeden Anhänger unserer Partei ein Anlaß zur Genugtuung, aber auch eine Mahnung, seine Pflicht gegenüber der Partei in Zukunft voll und ganz zu erfüllen und unseren Einfluß im kommenden Landtag zu stärken.

Die Verfassung wird eine Existenzgrundlage für unser Volk sein. Sie mit innerem Leben zu erfüllen, ist die Aufgabe jedes einzelnen Staatsbürgers. Daß das im freiheitlichen Geist unserer stolzen badischen Überlieferung, im Interesse des Volksganzen geschieht, ist das Ziel unserer Demokratischen Partei. Sie vertritt die Auffassung, daß nicht der Staat, wie das der Auffassung des Preußentums, des Nationalsozialismus und des Totalitarismus jeder Art entspricht, letzter Zweck der Politik ist, sondern der einzelne Mensch entsprechend dem Goethewort:

Volk und Knecht und Überwinder
Sie gestehen zu jeder Zeit
Höchstes Gut der Erdenkinder
Sei nur die Persönlichkeit.

Am 18. Mai dürfen Kraftwagen fahren
Aus Anlaß der Landtagswahlen und des Volksentscheids hat das badische Ministerium des Innern folgende Anordnung getroffen: In der Nacht vom 18. auf 19. Mai 1947 werden die noch bestehenden Ausgangssperren in vollem Umfange aufgehoben. Das Verbot, wonach deutsche Kraftfahrzeuge an Sonntagen nur mit besonderer Genehmigung benutzt werden dürfen, wird für Sonntag, 18. Mai für die Zeit bis 20 Uhr aufgehoben. Versammlungen und sonstige Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen sind verboten.

Das neue Kursbuch erst am 1. Juli
Das neue Kursbuch wird voraussichtlich nicht vor dem 1. Juli ausgeliefert werden können. Zeitlich früher, aber nur in beschränkter Zahl erhältlich, erscheint in diesem Jahre zum ersten Male ein Kursbuch, das den Reiseverkehr in der französischen, britischen und amerikanischen Besatzungszone umfaßt.

Kreisstadt Lahr
Zwei goldene Hochzeit. Das Fest der goldenen Hochzeit feiert am 15. Mai Korbmacher Johann Sauer und Frau Luise geb. Bauer, Schützenstraße 31. Der Jubilar steht im 79., die Jubilarin im 70. Lebensjahr; beide stammen aus Oberkirch im Rendtal. — Das gleiche Fest können am 17. Mai Kaufmann Emil Goesmann und Frau Elise geb. von Elten, Voelckerstraße Nr. 15, begehen. Goesmann ist 78., seine Ehefrau 71 Jahre alt. Das greise Paar siedelte 1945 von Krefeld nach Lahr über. — Ihr 80. Lebensjahr vollendet am 15. Mai Frau Florentine Füller, Hauptstraße 65. — Ebenfalls wird Postsekretär a. D. Paul Georg Zander, Friedrichstraße 88, gebürtig aus Berlin, am 20. Mai 80 Jahre alt. Die Jubilare erfreuen sich noch guter Gesundheit.

93 Jahre alt. Der älteste Bürger von Lahr, Herr Christmann Schäfer, Privat, Oberdorfstraße, vollendete am Sonntag bei guter Gesundheit sein 93. Lebensjahr. Geboren wurde er zu Nonnenweier, wo er ein landwirtschaftliches Anwesen betrieb, er war verheiratet mit Frau Katharina Schäfer, geb. Kern. Der Ehe entsprossen sechs Kinder, von denen noch drei am Leben sind.

Zwei ehemalige Lahrer Lehrerinnen feiern gemeinsam Geburtstag. Am vergangenen Samstag den 10. Mai konnte Fräulein Emma Schumann ihr 85. Lebensjahr vollenden. Die Jubilarin, die seit 1881 in unserer Stadt wohnhaft ist, wirkte mehrere Jahrzehnte an der hiesigen Volkshochschule. Eine Generation von Lehrern und Lehrerinnen erinnern sich gerne der tüchtigen Lehrerin. — Am gleichen Tag war Fräulein Luise Frei 75 Jahre alt. Sie war ebenfalls jahrzehntlang hier als Handarbeitslehrerin und zuletzt als Inspektorin in der hiesigen Handarbeitschule in segensreicher Weise tätig. Beide Geburtstagskinder verbringen ihren wohlverdienten geruhamen Lebensabend im Alterheim in der Bismarckstraße.

Prof. Mertens über „Berufs- und Bildungsfragen.“ Im Rahmen der Sonntagvormittagsvorträge der Volkshochschule sprach am 11. Mai Prof. Mertens, dessen interessante Ausführungen über Descartes noch in bester Erinnerung sind, im Pflugsaal über „Berufs- und Bildungsfragen der Gegenwart.“ Der Redner wies auf die besonderen Aussichten der handwerklichen Berufe hin und betonte, daß der Weg unseres Volkes heute in der Entwicklung von industriellen und handwerklichen Spitzenleistungen begründet liege. Der Vortrag, der große Aufmerksamkeit fand, entsprach ganz den Absichten der Volkshochschule, Urteilsbildung und fachliches Können zu fördern.

Ingeborg Alber und Giovanni Damolin sangen in Lahr. Ingeborg Alber-Suiter und Giovanni Damolin, beide vom Karlsruher Theater, schenken gemeinsam mit Kapellmeister Oswald Buchholz am vergangenen Samstag einer zahlreich erschienenen Hörerschaft einen erlesenen Lieder- und Arienabend. Zuerst hörte man altbewährtes Liedgut von Franz Schubert und Richard Strauß. In der Interpretation lief Ingeborg Alber keinen Wunsch offen, sondern stellte sich als eine überaus verantwortungsbewusste Sängerin vor, die, was anerkennenswert hervorgehoben sei, auf alle äußeren Effekte verzichtete und ihre kristallklare Stimme, vereint mit einer gepflegten Artikulation, ganz dem Stimmungsgehalt des Werkes unterordnete. Noch klingt in uns das wundervoll verhaltene und verströmte Ausklingen der Arie „Endlich allein“ von Smetana nach. Der anfänglich gegen eine überhauchte Vokalbildung und eine leichte Indisposition angehende Bariton Giovanni Damolin sang sich immer mehr in die Herzen der Anwesenden ein. Vor allem überzeugte die kraftvoll gerundete Stimme durch die Ausgeglichenheit der Register. Ganz ein Mann der Bühne, lag ihm namentlich das dramatische Element. Seine in den Bann ziehende Gestaltung erreichte in Verdis Arie „Feile Sklaven“ einen geradezu mitreißenden Höhepunkt. Beide Stimmen vermählten sich glanzvoll in einigen unserer schönsten Duette der Opernliteratur, hier sei besonders „Reich mir die Hand, mein Leben“ von Mozart hervorgehoben. Sparsam eingesetzte Mimik zauberte den bunten szenischen Hintergrund hervor. Aller theatralischen Mittel bar, kamen die musikalischen Schönheiten fast noch eindringlicher zur Wirkung. Hier zeigte sich in einer beglückenden Wiedergabe die strahlende Kraft der hohen Kunst Mozarts. Wir sind daher den Künstlern dankbar, daß gerade dieser unsterbliche Genius mit vier Arien zu hören war. Welch innige Bilder entstieg dieser unvergleichlich reizvollen Melodik! Von der durchsichtigen Kunst Mozarts zu der farbensprichigen Klangwelt Puccinis bedeutete es für den Hörer einen

großen Sprung, liegt doch zwischen beiden Meistern eine ungeheure musikalische Entwicklung. Wenn man die koloristische Brillanz des Theaterorchesters nicht vernünftige, so war dies das Verdienst des Pianisten. Ihm ein Sonderlob. Ob er eine Ballade von Loewe klangmalerisch ausdeutete, oder ob es mit flüssig angelegter Spielweise die schwebende Leichtigkeit Mozarts darzustellen galt, immer traf er mit feinem Stilgefühl den charakteristischen Ton, dabei stets sorgsam abtönend. Die Biegsamkeit und Prägnanz eines differenzierten Anschlages, sowie innere nachschöpferische Impulse erschlossen die Schönheiten der Werke und ließen den Begleiter kongenial zum Mitdeuter werden. Es gab Blumen und rauschenden Beifall. K. Beyerle.

DER SPORTBERICHT

Süddeutsche Oberliga.
Süddeutsche Oberliga: VfL Neckarau — SV. Waldhof 0:5, Schwaben Augsburg — Ulm 4:0, Eintracht Frankfurt — BC Augsburg 5:1, Spvgg. Münden 1860 0:1, Viktoria Aschaffenburg — FC Bamberg 2:1, VfR Mannheim — VfB Stuttgart 2:1.

VfL Konstanz ist Gruppenmeister.
Zonenliga-Süd: Rastatt — Friedrichshafen 2:0, Freiburg — Schwenningen 5:0, Biberach — Reutlingen 2:4.

Zonenliga Nord: Trier — Mainz 0:7, Saarbrücken — Stade francais de Paris 2:1.

Südbadische Oberliga. Staffel West: Oberkirch — Riegel 4:1, Baden-Baden — Blauweiß Freiburg 5:0, Emmendingen — ASV Freiburg 3:2, Lahr — Ottenau 5:0; Staffel Ost: Rielasingen — Villingen 0:4, Gottmadingen — Radolfzell 1:0; Staffel Süd: Wyhlen — Rheinfelden 1:5, Waldshut — Zell i. W. 3:2, Schopfheim — Weil 3:2, Stein — Wehr 5:1.

Der neueste Stand der Tabelle:

Sportfreunde Lahr	14	11	21	48:16	24
Fortuna Freiburg	14	11	12	57:15	23
Baden-Baden	15	8	6	42:17	16
Ottenau	15	7	2	45:25	16
ASV Freiburg	14	6	2	29:30	14
Emmendingen	15	6	1	36:34	15
Blauweiß Freiburg	14	5	1	28:41	11
Oberkirch	14	2	11	19:62	5
Riegel	14	—	—	9:60	—

Handball:
Südbadische Oberliga: Lörrach — VfL Freiburg 16:4, Offenburg — VfR Zähringen 5:6, Steinbach — Rastatt 6:4, Schutterwald — Niederbühl 12:6.

Ottenau 5:0 geschlagen.
Gründlich gelungene Revanche für die einzige Niederlage.

Nachdem die Lahrer Sportfreunde in der Vorrunde mit einer 2:4-Niederlage aus Ottenau heimgekehrt waren, war man in der hiesigen Sportkreise um so mehr auf das Erscheinen dieser Oberliga-Mannschaft aus dem Murgtal gespannt — daher waren weit über 1500 Zuschauer gekommen. Neben einem respektablem Maß an technischem Können besitzen die Ottenauer eine weit größere Stabilität, wie erwartet wurde — hinzu kommen zwei unheimlich schnelle Flügel und eine sich hart einsetzende Verteidigung.

Wenn der Sieg der Lahrer mit 5:0 ausgefallen ist, dann war dies das Ergebnis der unzweifelhaft reiferen Spielweise der gesamten Mannschaft, die eine begeisternde Partie lieferte und die technische und Feldüberlegenheit in klarer Weise zum Ausdruck bringen konnte. Der Sieg war nach dem Verlauf der 90 Minuten und besonders in der zweiten Halbzeit auch in der Höhe vollauf gerechtfertigt.

Trotz der ungewohnten Temperatur begann das Treffen mit einem besonders scharfen Tempo. Die Einheimischen begingen in der ersten Halbzeit lediglich den Fehler, den Schwerpunkt der Angriffe auf das Innenrio zu legen, wodurch Ottenau mit seiner schlagsicheren und standfesten Verteidigung immer wieder klären konnte, bis endlich auf eine Flanke von rechts der Halblinke den Bann zu brechen vermochte. Mit 1:0 für Lahr ging es in die Halbzeit. Aber gleich nach Halbzeit wurde der Vorsprung durch denselben Spieler, der einige Kabinettstücken zeigte, auf 2:0 erhöht. Wenige Minuten später machten sich die Gäste frei, aber dann fielen die Tore wie reife Früchte, aber dann tadellos funktionierenden Zusammenspiels. Noch drei Tore — dabei eines schöner wie das andere — konnten die mitgehenden Zuschauer feiern. Dabei waren der Mittelstürmer, der Linksaußen und kurz vor dem Abpfiff der Halbrechte die Vollstrecker, die

Volkshochschule Lahr. Auf die Dienstag, 20 Uhr, im Pflugsaal stattfindende gemischte Chorprobe verweisen wir an dieser Stelle. — Am Donnerstag, 15. Mai (Himmelfahrtstag) findet bei günstiger Witterung eine Morgewanderung nach den Langenhard statt. Treffpunkt: morgens pünktlich um 7 Uhr beim Forsthaus Stefan. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder und deren Angehörigen ist erwünscht.

Der französische Lesezirkel kommt am Mittwoch, 14. Mai 20.15 Uhr in der Brauerei Zahler zusammen. Dr. Zettler spricht in deutscher Sprache über „Gouillaume Apollinaire, ein Vertreter des literarischen Kubismus.“ Anschließend Leseproben aus dem Originaltext.

Volkshochschule Lahr. Der Kurs „Rhythmische Gymnastik für Mädchen und Frauen“ von Frau Landerer findet diese Woche ausnahmsweise am Mittwoch abends 20.30 Uhr im „Haus der Jugend“, Altvaterstraße 5, statt. Weitere Teilnehmerinnen werden noch angenommen.

das vortreffliche Feldspiel ihrer Kameraden in Toren zum Ausdruck brachte. Langanhaltender Jubel brauste auf, als der Schiedsrichter Link aus Freiburg das Treffen als beendet erklärte.

Lahrer Sportfreunde am Himmelfahrtstag in Baden-Baden.

Da am 18. Mai bekanntlich Wahltag ist, wurde das letzte auswärtige Punktspiel, das die Lahrer Sportfreunde in Baden-Baden auszutragen haben, auf den Himmelfahrtstag — Donnerstag, 15. Mai — vorverlegt. Die besten Wünsche aller hiesigen Sportfreunde begleiten die Mannschaft in die Kur- und Bäderstadt, wo sie zwar vor einer durchaus schweren, aber nicht unlösbaren Aufgabe steht.

Berzirksklasse, Staffel Süd: Lahr Reserven — Heiligenzell 5:2, Friesenheim — Orschweier 0:4, Kürzell — Grafenhausen 1:1, Ichenheim — Niederschopfheim 4:0.

Kreisklasse Lahr: Mietersheim — Dundenheim 5:1, Kippenheim — Mahlberg 2:7, Nonnenweier — Rust 6:0.

Jugendspiele:
Sulz — Lahr B-Jugend 1:4;
Kürzell — Oberschopfheim 1:5.

Handball:
Schuttern — Schutterwald II 12:9;
Frauen:
Meissenheim — Nonnenweier 5:1.

Leichtathletische Bahneröffnung in Lahr. am 15. Mai 1947 (Christi Himmelfahrt) vorverlegt.

Nachdem sämtliche für den 18. Mai 1947 vorgesehenen Sportveranstaltungen abgesetzt wurden, findet die leichtathletische Bahneröffnung des Bezirks Offenburg bereits am

15. Mai (Christi Himmelfahrt) nachmittags 14.30 Uhr in Lahr, Sportplatz Dammemühle statt.

Nachmeldungen für diese Veranstaltung werden aus diesem Grunde noch am 15. 5. 47 in Lahr angenommen.

Das Rennen am Hockenheimer Ring.

Hockenheim stand am Sonntag unter dem Eindruck der größten bisherigen motorsportlichen Veranstaltung Deutschlands. Auf der schnellsten Rennstrecke Europas entwickelte sich ein buntes, interessantes Leben. Am Start war alles, was noch und wieder einen guten Namen hat. Die Sonderzüge brachten etwa 200 000 Zuschauer. Bester des Tages wurde Kling auf seinem neuen 2000 ccm-Sportwagen mit 157,7 Stundenkilometer. Damit wurde die alte Bestzeit auf dieser Rennstrecke mit 166,1 Stundenkilometer durch Meier auf seiner 500er BMW nicht erreicht. Rennwagensieger wurde Hans Stück auf dem neuen Cisitaliawagen. Lotte (Godesberg) wurde auf 250 DKW- und Florinmann (Braunschweig) auf 350 ccm-NSU-Maschine Sieger.

Sportruhe am 18. Mai.

Der Sportbeauftragte der französischen Militärregierung gibt bekannt, daß am Sonntag, den 18. Mai infolge des Wahltages alle angesetzten Veranstaltungen in Fuß- und Handball und Leichtathletik abgesetzt werden. Die Neuansetzung der Termine erfolgt durch die zuständigen Spielleiter.

Wetterbericht
Ein Hochdruck über Skandinavien verlagert sich unter Abschwächung südostwärts. Unser Gebiet erhält somit auf seiner Westflanke liegend, Luftzufuhr aus südlichen Breiten. Da die einfließenden Luftmassen verhältnismäßig feucht sind, werden örtliche gewittrige Schauer auftreten. — Weiter bis Wachenmitten Nachts meist heiter mit Temperaturen unter 10 Grad, tagsüber zeitweise stärkere Quellbewegung und örtliche Gewitter, besonders im Gebirge, dabei sommerlich warm.

Avis.
Tous les ressortissants soviétiques résidant en zone française d'occupation en Allemagne, et désirant prendre contact avec les officiers soviétiques de rapatriement, sont priés de se présenter aux officiers suivants:

Colonel Goretow, Chef de la Mission Soviétique de Rapatriement en zone française d'occupation en Allemagne, 39 Fremersbergstraße, Baden-Baden.
Capitaine Lo UKINE, Centre de Rapatriement de Personnes Déplacés à Emmendingen (Baden).

Bekanntmachung.
Alle Angehörigen der Sowjetunion, während in der französischen Besatzungszone, die Verbindung mit den Sowjetoffizieren der Repatriierung nehmen wollen, werden gebeten, sich bei folgenden Offizieren vorzustellen zu wählen:

Colonel Goretow, Leiter der Sowjetmission für Repatriierung in der französischen Besatzungszone Deutschlands, 39 Fremersbergstraße, Baden-Baden.
Capitaine Lo UKINE, Repatriierungslager der verschleppten Personen in Emmendingen (Baden).

Bekanntmachung.
Oesterreicher in der franz. Besatzungszone Deutschlands. Tous les ressortissants Autrichiens résidant dans la

Zone Française d'occupation en Allemagne sont priés de se procurer dans les délais les plus rapides, par les soins des bureaux de la Délégation Autrichienne à CONSTANCE, 21 Friedrichstraße, Tél. 100 ou à FRIBOURG, 25 Baslerstraße, Tél. 2957 un certificat attestant de leur nationalité.

Il est rappelé qu'à l'avenir aucun passeport ne sera délivré sans la présentation du certificat de nationalité mentionné ci-dessus.

Le Délégué Autrichien en Z. F.O.A.

CONSTANCE — Friedrichstraße, 21.

Alle in der französischen Besatzungszone Deutschlands wohnenden Oesterreicher werden gebeten, soweit dies nicht schon geschehen ist, einen Auszug aus der Heimatrolle, der einwandfrei ihre Staatsbürgerschaft nachweist, über die Büros der österreichischen Delegation Konstanz, Friedrichstraße 21, Tel. 170, oder Freiburg i. Br., Baslerstraße 25, Tel. 2957 zu beschaffen.

Es wird darauf hingewiesen, daß die später zu erwerbende Ausstellung von Reisepässen nur auf Grund eines einwandfreien Staatsbürgerschaftsnachweises geschehen kann.

Der österreichische Delegierte für die franz. Zone Deutschlands, Konstanz, Friedrichstraße 21.

AMTL. BEKANNTMACHUNGEN

Bekanntmachung. Mit Wirkung vom 15. Mai 1947 verlieren alle Verkehrsgenehmigungen (permis des circular) für Kraftfahrzeuge ihre Gültigkeit.

AMTL. BEKANNTMACHUNGEN

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß wurde am 4. Mai meine liebe Frau, unsere gute treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Maria Liebert geb. Schlenker

nach langem Leiden, im Alter von 76 Jahren, in die ewige Heimat abberufen.

OFFENE STELLEN

Packer u. Hilfskräfte für Montag und Donnerstag gesucht. Nebenberufliche Mitarbeiter von Krankengeld-Zusatzkasse mit Inkasso allerorts gesucht.

AN- UND VERKAUFE

Herrenfahrrad, Bereifung kompl. 28 170, neu, Bügelreifen, 220 Volt, neu, abzugeben. Auszugstisch, oval, Hartholz, abzugeben.

STELLENGESUCHE

Konservenfachmann mit allen Zweigen der Ost- und Gemüseverwertung vertraut, sucht Stelle als Betriebsleiter. Schriftsteller, angelernter Theater- und Literaturkritiker.

VERSCHIEDENES

Geschäftsverlegung. Meiner verehrten Kundschaft zur gefl. Kenntnisnahme, daß sich mein Geschäft ab 15. Mai in der Friedriehstraße 36 (frühere Drogerie Inhoffen) befindet. Wer erteilt Unterricht in engl. Handelskorrespondenz.

TIERMARKT

2 Ziegenböcklein abzugeben. Ziegenmilch gesucht zur Aufzucht.

AUSKUNFTE

Geheime Auskünfte Beobachtungen, Ermittlungen in allen Prozessen, überall. Erfahrener Fachmann. Aeltestes Geschäft in Baden.

GESCHÄFTLICHES

NAHMASCHINEN

Oberteile, die Sie mit ziff. Reparatur bringen, können in 2 bis 3 Tagen wieder abgeholt werden.

Nähmaschinen-Spezialist

Th. Giller, Rastatt Rheinstraße 3 (nicht Rheinstr.). Bin der alleinberechtigte Verkäufer von Schlachtpferden u. Notschlachtungen im Bezirk Offenburg u. Lahr.

Welche Firmen der franz. Zone sind in der Lage, geg. Holzwaren und Gebrauchsgegenstände nachstehende Artikel zu liefern?

Drathstifte, Holzschrauben, Kunstleder, Pappe, Papier, Bänder, Kordel, Farben, Lacke, Kalkstein usw.

Sprechstörungen (Stottern usw.)

Behandlung im Psychotherapeutischen Institut, Landau (Rheinl.). Auch Aufnahme mit Verpflegung (Internat).

Ihr Haar - Ihr Stolz Haarersatz

fall u. Schuppen sind Warnungszeichen! Handeln Sie, ehe es zu spät ist! Verlangen Sie bei Ihrem Friseur

Kinderwagen, guterhalten, abzugeben

Ang. unt. Nr. 258 B an „Das Neue Baden“, Lahr.

1 D-Sommerkleid, neu, 1 Paar schw. Strümpfe, 3 Büstenhalter, Gr. 5, abzugeben

Ang. unt. Nr. 236 P an „Das Neue Baden“, Lahr.

Tanznoten für Klavier u. Akkordeon, auch franz. u. SO.-Ausgaben, sowie Unterhaltungsmusik zu verkaufen

Ang. unt. 88 7 an „Das Neue Baden“, Baden-Baden, Gernsbacherstraße 8. (276 R)

Kauf laufend jede Menge Weinbergsschnecken

nicht unter 30 mm Durchmesser zu Tagespreisen. Sammelstelle G. Ruppert, Dreyspringstr. 32 (Vorderhaus), Lahr. (200)

Kauf laufend große Weinbergsschnecken zu Tagespreisen

Joseph Seeger, Offenburg, Langestraße 20, Tel. 1483. (11)

Verkauf aus Geldmangel 6 vergoldete Teelöffel, 1 Herrenarmbanduhr (Schweizer Werk)

Anfragen unter Nr. 185 E an „Das Neue Baden“, Lahr.

Klavierpflege u. Instandsetzungen

durch hervorragende Fachkräfte führt aus Paul Weiß, Flügel-, Klavier- u. Harmonium-Instandsetzungen, Trauhänder der Flügel- u. Klavierfabrik Pfeiffer, Stuttgart, f. Süd-Württemberg und Süd-Baden.

Feuerstein u. Streichholz entbehrt

bei Ankauf v. prakt. u. preiswert elektr. Haushaltsfeuerzeugen für 220 Volt, mit Steckkontakt. Tot. lieferbar per Nachn. Kleinh. erhält Rabatt.

Ein Bild, wie es sein soll, das liefert FOTO KNOLL

Entwickeln, Abzüge, Vergrößerungen u. Fotokopien mit zeitbedingten Lieferfristen. FOTO KNOLL, Groß-Lahr, (14 b) Pfalzgrafenweiler 804. (26)

Spielwaren: Neue Modelle, Erfindungen, Entwürfe gesucht

Ang. unt. 1583 an Ann.-Exp. Rosenstein, Köln, Bonnerstr. 87.

Schilder-, Stempel- u. Metallarbeiten für alle Zwecke

liefert Schilder-Schilder, Konstanz, Döbelestr. 30. (85)

Bei Bestellung von Verpackung liefert eine Einzelhandels-Geschäfte nützliche, preisnehme

und Gew. Bille Anfragen mit frankiertem und beschriebenen Umschlag unter Nr. 295 F an „Das Neue Baden“, Lahr.

Großhandelsfirma bietet um Angebote in Geschenkartikeln

Nordwest-Großhandel, GmbH, Bremen, Graf-Walderssee-Str. 23. (87)

Händler erbittet Warenangebote aller Art

Scheuermann, Bensheim a. d. B., Schließbach 153. (182)

VERANSTALTUNGEN

Volkschor Lahr

Dienstag, 13. Mai, 20 Uhr, im Flugsaal vollzählige gemischte Chorprobe.

Donnerstag, 15. Mai (Himmelfahrtstag) bei günstiger Witterung

Morgenwanderung

nach dem Langenhard. Treffpunkt morgens 7 Uhr beim Forsthaus Stefan. Die Mitglieder laden wir hierzu freundlich ein.

Der Vorstand. (266)

BRIEFMARKEN

Briefmarken-Sammlungen kauft zu hohen Preisen in jedem Umfang Briefmarken-Bartels, Hamburg 1, Mönckebergstraße 11. Meiden: „Deutschlands Verdorben“, 2 Werte nur RM. 15,- auf Postscheck Hamburg 128 704. Preisliste gratis. (84)

Briefmarken, alte Ausgaben der russ. bes. Zone lieferbar. Preisliste gegen Einsendung eines Briefumschlages anford. Rudolf Heinemann, Braunschweig, Postfach 425. (30)

55. Briefmarken-Großauktion. Frühjahrs-Auktion. Einlieferungen v. Seltenheiten, Sammlungen, Nachlässen usw. werden jetzt angenommen. Auktions-Einlieferungsbedingungen kostenlos. Edger Mohrmann u. Co. m. b. H., vereidigter u. öffentl. bestellter Briefmarken-Auktionator, Hamburg 1, Speersort 6. Briefm.-Auktionshaus von Welt-ruf. (66)

Demokratische Partei Baden-Baden

Große Wahlkundgebungen:

Lichtental: Donnerstag, 15. Mai, vorm. 11 Uhr, Gasthaus „zum Cäcilienberg“

Redner: Postrat KRUSE.

Baden-Oos: Donnerstag, 15. Mai, 15 Uhr, Schulhaus

Redner: Postrat KRUSE.

Baden-Baden: Samstag, 17. Mai, 20 Uhr, Kurhaus, großer Bühnensaal.

Redner: Generalsekretär WOLF, Lahr. (285)

Thema: „Das Schicksal liegt in Deiner Hand“.

DEMOKRATISCHE PARTEI

Ortsverein Gaggenau

Am Donnerstag, 15. Mai (Christi Himmelfahrt), 20 Uhr, „Gambinushalle“ Gaggenau

öffentliche Wahlversammlung

Es spricht: Der Spitzenkandidat im Wahlkreis Rastatt-Baden-Baden, (284)

Postrat Wilhelm Friedrich KRUSE, Baden-Baden.

Thema: „Zur Stunde der Entscheidung“.

Alle Wähler und Wählerinnen sind eingeladen.

DEMOKRATISCHE PARTEI

Ortsverein Lahr

Montag, 12. Mai, 20.30 Uhr, spricht in einer

öffentlichen Frauenversammlung

im Pflugsaal in Lahr Stadträtin Dr. Hildegard TEUTSCH, Freiburg, über das Thema: „Was sollen wir Frauen jetzt tun?“

Alle Wähler und Wählerinnen der Stadt Lahr sind hierzu freundlichst eingeladen. (289)

Demokratische Partei Lörrach

Donnerstag, 15. Mai, 20 Uhr, im „Kranz“

öffentliche Wahlversammlung

Generalsekretär WOLF spricht über das Thema: „Das Schicksal liegt in Deiner Hand“.

Hierzu ergeht freundliche Einladung. (282)

SCHLOSS-LICHTSPIELE

RASTATT

zeigen vom 9. bis 15. Mai 1947, täglich 21 Uhr, Samstags 18.30 und 21 Uhr, Sonntags 14, 16, 18 und 21 Uhr (242 r)

„Diedrei Codonas“

mit René Deltgen, Ernst v. Klipstein, Josef Siebert, Lene Normann usw. Jugendfrei.

RESI RASTATT

Spielzeiten tägl. 18.45 Uhr, Mittwoch, Donnerstag 21 Uhr

„Das Konzert“

mit Gustav Fröhlich, Harry Liedtke, Käthe Hack, Margarethe Krahl. Jugendfrei. (241 r)

STADTHALLE GERNSBACH

Donnerstag, den 15. Mai, Christi Himmelfahrt, 20 Uhr

Großes öffentliches Konzert

des Männergesangsvereins „Liederkrantz“ Oettingheim - mit Solisten zu Gunsten der Nothilfe Gernsbach (286)

Programme berechtigen zum Eintritt 3,- RM

Habe mich ab 1. Mai in Rotenfels (Mugtal), Murgtalstr. 75, als

prakt. Arzt (265 r)

niedergelassen. Sprechstunden: 8-10 Uhr, 17-18.30 Uhr, Mittwochs- und Samstagmorgens keine Sprechstunden.

Zur Kassenpraxis zugelassen. Dr. med. Kurt Wals

Handwerker und Zeltarbeiter

sofort gesucht. Wohn- und Verpflegungsmöglichkeiten vorhanden. Bürohilfe bis zu 16 J. gesucht.

Angebote an Viermasten-Circus BELLI, bis 18. Mai in Lahr.

Verlag und Redaktion

„DAS NEUE BADEN“ 2365

Fernsprechananschluß

Bestellschein

Ich bestelle ab 1. Mai 1947 die Zeitung

„DAS NEUE BADEN“

U...

Wohnort...

Straße und Nr.:

(Bitte deutlich schreiben.)

insenden an Agentur oder Verlag, Lahr/Zsch., Schillerstraße 1

CIRCUS BELLI gastiert mit seinem 4-Mastenzelt in LAHR Platz an der Klostermatte Eröffnungsvorstellung Nür 6 Tage Ab Mittwoch, den 14. Mai bis Sonntag, den 18. Mai täglich 2 Vorstellungen, nachmittags 15 Uhr und 19.30 Uhr. Preise der Plätze: 2-7 RM. Kinder zahlen nachmittags auf allen Plätzen (außer Sonntags) halbe Preise. Vorverkauf ab 13. Mai an den Circuskassen von 10 bis 19 Uhr durchgehend geöffnet. Circus Belli zeigt: Ein herrliches circenisches Programm. Circus in höchster Vollendung, wunderbare Dressuren in ihrer besonderen Eigenart. Echte Lippizaner-Hengste aus dem Wiener Reital, der weltberühmte ungarische Reifakt, die elegante Parforcereiterei und weitere Attraktionen am laufenden Band. Attraktion: „Afra“, die Frau, von der man spricht, Europas größte Gedächtniskünstlerin.

HEIRATEN

Dame, 30 Jahre, hellblond, 1,68 groß, evang., schlank, Figur, elegante Erscheinung, höhere Schule, geistig rege, perfekte Hausfrau in guten Vermögensverhältnissen, sucht Herrn von vornehmer Art zwecks Heirat kennen zu lernen. Erbittet Zuschriften von Herren, die Wert auf eine ideale harmonische Verbindung, strengste Discretion, Zuschriften unter Nr. 271 F an „Das Neue Baden“, Lahr.

Dame, 45 Jahre, evang., 1,68 groß, gewandtes, sicheres Auftreten, vielseitig gebildet, sucht Stelle als Haushälterin in gepflegtem, frauenlosem Haushalt. Gegend gleichgültig, da unabhängig. Zuschriften unter Nr. 270 K an „Das Neue Baden“, Lahr.

Suche naturliebende, geistig tief veranl. Lebensgefährtin ohne Anhang. Mitte 40 Jahre, Freidenkerin, welche Hab und Heimat verlieren, abseits des Weltbetriebes sich wohl fühlen kann und Interesse für Kleingarten hat. Näheres durch Briefwechsel. Vertrauens. Zuschrift an R 5 an „Das Neue Baden“, Lahr. (162 r)

Ideale Kameradschaft in der Ehe ist das Element, das dem Leben jenen wundersamen Reiz verleiht. Nicht mehr inhaltsleer durch die Eheabnahme Frau Horstmann, Bremen, Kohlhäckerstr. 7, Tel. 24 794. 14-jährige erfolgreiche Tätigkeit, 40 eigene Filialen, 4000 Vorkerkungen. (52)

Harmonie. Das Großinstitut für Eheabnahme Margarete Selig, gegr. 1937. In S. u. SW. Deutschland 25 Filialen, u. a. in Lahr-Kippenheim, Bismarckstr. 179, Freiburg, Rich.-Wagner-Str. 18, Konstanz, Untere Laube 22, ferner in Rastatt, Karlsruhe, Luda, Heidelberg, Worms, Kirm (Nohel), Saarbrücken, Trier, Manderscheid (E.), Neustadt a. H., Darmstadt, Frankfurt a. M., Stuttgart. (279)

WOHNUNGEN

Geboten in Lörrach 2-Zimmer-Wohnung mit Küche u. Zubehör in bester Lage, gesucht in Lahr ebensolche. Angeb. unt. 260 E an „Das Neue Baden“, Lahr.

Möbl. Zimmer in Lichtental geb., leeres Zimmer in Baden-Baden ges. Angeb. unt. 88 6 an „Das Neue Baden“, Baden-Baden, Gernsbacherstraße 8. (275 N.)

Drogen- u. Nähnittelgroßhandlung sucht zur Errichtung einer Zweigniederlassung ca. 200 bis 400 qm Lager- u. Büroräume in Rastatt, evtl. nächste Umgebung. Angeb. unt. Nr. 246 M an „Das Neue Baden“, Lahr.

Berufstätiger, alleinstehend, Herr (28 Jahre) sucht für sofort ein gutmöbliertes Zimmer in Lahr. Auskunft unter Nr. 248 an „Das Neue Baden“, Lahr.

Suche für meine Kapelle in CIRCUS BELLI guten

Posaunisten

Trompeter

Klarinetist mit

SaxESalt, Schifferklavier oder Gitarrist mit N.S.I.

Angebote an Kapellmeister FRIEDRICH HELD, CIRCUS BELLI, vom 12. 18. Mai 1947 in Lahr.

Sekretärin

Buchhalterin

Kontoristin

sowie Bürolehrlinge, sofort gesucht.

Wohn- und Verpflegungsmöglichkeiten vorhanden. CIRCUS BELLI, z. Zt. LAHR, Klostermatte.

Zeitungs-

träger

in sämtlichen Städten und Gemeinden sofort gesucht.

Angebote an unsere Geschäftsstellen oder direkt an den Verlag „Das Neue Baden“ in Lahr erbeten.

Zirkus Belli

sucht in Lahr möblierte Zimmer für

Artisten und Angestellte.

Angebote unter 2 R an „Das Neue Baden“ in Lahr, Schillerstraße 13. (130 r)

Während den Zirkusvorstellungen ist der

Fahrrad-

Unterstellraum

am Marktplatz in Lahr geöffnet!